

N i e d e r s c h r i f t

**der 29. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
22.02.2017**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 14:00 Uhr bis 19:15 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Hendrik Lange	Stadtratsvorsitzender, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Dr. Annegret Bergner	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Christoph Bernstiel	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Bernhard Bönisch	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:52 Uhr
André Cierpinski	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Eberhard Doege	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Hajek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:05 Uhr
Dr. Michael Lämmerhirt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Ulrich Peinhardt	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Frank Sänger	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme bis 19:03 Uhr
Andreas Schachtschneider	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Michael Sprung	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Gernot Topper	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), Teilnahme ab 14:20 Uhr
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Ulrike Wünscher	CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Erwin Bartsch	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Ute Haupt	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Manuela Hinniger	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 19:49 Uhr
Josephine Jahn	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Marcel Kieslich	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Renate Krimmling	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme ab 16:18 Uhr
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Sten Meerheim	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Katja Müller	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Elisabeth Nagel	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fabian Borggrefe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 17:41 Uhr
Eric Eigendorf	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Rüdiger Fikentscher	stellvertretender Stadtratsvorsitzender, SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Katharina Hintz	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 17 Uhr
Klaus Hopfgarten	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Gottfried Koehn	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme bis 18:15 Uhr
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Bernward Rothe	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 14:15 Uhr
Annika Seidel-Jähnig	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Teilnahme ab 14:10 Uhr

Kay Senius
Dr. med. Detlef Wend

Denis Häder
Marko Rupsch
Yvonne Winkler
Tom Wolter
Wolfgang Aldag

Dr. Inés Brock

Christian Feigl
Dennis Helmich
Melanie Ranft

Dr. Regina Schöps
Helmut-Ernst Kaßner
Markus Klätte
Gerhard Pitsch
Alexander Raue

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),
Teilnahme bis 19:51 Uhr
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Teilnahme von 16:00 Uhr bis 19:15 Uhr
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Teilnahme ab 17:30 Uhr
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Teilnahme bis 19:15 Uhr
Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM
Stadtrat
Stadtrat
Stadtrat
Stadtrat

Verwaltung

Egbert Geier
Uwe Stäglin
Dr. Judith Marquardt
Katharina Brederlow
Sabine Ernst
Stefan Richter
Maik Stehle

Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordnete
Beigeordnete
Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Stellvertretender Leiter Fachbereich Recht
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Harald Bartl
Rudenz Schramm

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

zu Einwohnerfragestunde

Die Einwohnerfragestunde wurde von dem Stadtratsvorsitzenden **Herrn Hendrik Lange** eröffnet.

zu Herr Fritz zu Gewinnerzielungsabsichten im Bereich kommunaler Daseinsvorsorge

Herr Fritz bezog seine Frage auf die finanzielle Belastung des Bürgers bei der Beaufschlagung von Geldern und Gebühren, welche nicht direkt der kommunalen Daseinsvorsorge dienen. Er fragte Herrn Dr. Wiegand, wie er sich als Oberbürgermeister und Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Halle GmbH bei diesem Zuschlagssystem im Bereich der Zwangssysteme positioniert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass die städtischen Beteiligungen die Wirtschaftspläne den Aufsichtsräten vorlegen. Jedes private Unternehmen rechnet falls erforderlich Wagniszuschläge mit ein und diese müssen sich im Rahmen des geltenden Rechts befinden. Der Oberbürgermeister nimmt darauf keinerlei Einfluss.

Herr Fritz verwies auf den Beteiligungsbericht 2013, Seite 24. Dort spricht man von einer Balance zwischen Gewinnoptimierung und Daseinsvorsorge. Im Bericht von 2015, Seite 181, heißt es, dass eine Zielstellung ausgerichtet ist auf ein optimales Verhältnis zwischen angemessener Preisgestaltung gegenüber den Bürgern einerseits und gleichzeitig auf die Erfüllung der Ergebniserwartung der Gesellschafterin. Beides sind keine Angelegenheiten, welche nur innerhalb der gesetzlichen Rahmen zu regeln sind. Diese Aspekte sollten unter Beachtung der Transparenz mit den Bürgern erörtert werden.

zu Herr Thomas zum Haushalt

Herr Thomas meinte, dass durch das Handeln der Europäischen Zentralbank die Bewohner der Stadt Halle die Leidtragenden sind. Er fragte den Oberbürgermeister, ob er im Namen der Transparenz eine Liste der Streichungen und Kürzungen veröffentlicht.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, die Tarifierhöhung betrifft die Landesbediensteten.

Herr Thomas fragte nach, wenn die Tarifierhöhungen kommen, ob dann die Streichungen veröffentlicht werden.

Herr Bürgermeister Geier stellte klar, Lohnerhöhung auf der einen Seite heißt nicht Statik auf der anderen Seite. Es muss ein ausgeglichener Haushalt existieren und es werden alle Einflussfaktoren, die kommunale Haushaltspolitik ausmachen, berücksichtigt.

Herr Thomas meinte, dass Geld für Lohnerhöhungen dennoch aus anderen Haushaltstöpfen weggenommen wird und es eine Art von Streichung ist.

Herr Bürgermeister Geier erklärte, dass dies eine Frage der Gesamtdeckung ist. Gelder, welche man über Fachgesetz bekommt, werden für dieses Thema verwendet.

zu Frau Wolf zur Ehrung von Hans-Dietrich Genscher

Frau Wolf erinnerte an das Leben und Wirken des Herrn Hans-Dietrich Genscher und regte eine schnelle Ehrung durch die Stadt Halle an. An den Oberbürgermeister gerichtet fragte sie, ob er sich für die Umbenennung des Flughafens Leipzig-Halle in Hans-Dietrich Genscher einsetzt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass er sich für die Umbenennung des Flughafens einsetzen wird.

Die Ehrung von Hans-Dietrich Genscher durch die Stadt in einem feierlichen Rahmen soll am 31.03.2017 erfolgen, informierte er weiter.

zu Frau Günzel und Herr Mahler zu Lärmbelästigung durch massiven Verkehr

Frau Günzel berichtete von der Seniorenwohnanlage in Heide-Süd; dort herrscht eine hohe Verkehrs- und Lärmbelastung. Sie fordert eine verkehrsberuhigte Zone und einen Fußgängerüberweg und fragte, wann die neue Verkehrsverordnung durchgesetzt wird.

Herr Mahler meinte, die HAVAG könnte in ihrem Plan den Zeitverlust, welcher auf der 500-Meter-Strecke zwischen 50 km/h und 30 km/h entsteht, einplanen und fordert in der Blücherstraße eine 30-Zone.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand lud zu einem Gespräch ein, da ihm der Sachverhalt gegenwärtig nicht bekannt ist.

Herr Mahler meinte abschließend, die Stadtverwaltung sollte die Überprüfung der Situation zu den Hauptverkehrszeiten vornehmen.

zu Herr Claus zu Ersatzpflanzungen

Herr Claus forderte die Stadt auf, Ersatzpflanzungen von Bäumen freiwillig innerhalb von zwei Jahren zu tätigen. Es wurden Ersatzpflanzungen festgesetzt, die gemäß Baumschutzsatzung innerhalb von drei Jahren zu realisieren sind. Für Private sollten diese Anforderungen nicht so hoch sein, für städtische Bäume allerdings schon.

Herr Stäglin erklärte, dass es eine einheitliche Baumschutzsatzung für alle Eigentümer gibt. Ziel ist aber die schnellstmögliche Nachpflanzung.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 26. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Hendrik Lange**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es waren 49 Mitglieder des Stadtrates (85,96 %) anwesend.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Lange informierte, dass die Vorlage mit den Änderungsanträgen unter den Tagesordnungspunkten

- 7.15. Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) – (Sportförderrichtlinie)
Vorlage: VI/2016/02463
- 7.15.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Sportförderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) - VI/2016/02463 - Übernahme der Empfehlungen des SSB Halle e.V. (SSB)
Vorlage: VI/2017/02793
- 7.15.2. Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) – (Sportförderrichtlinie)
Vorlage: VI/2017/02773

im Fachausschuss vertagt wurde.

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zur folgenden Passage ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Dr. Meerheim

Wir beantragen die Absetzung des Tagesordnungspunktes 7.3 von der Tagesordnung, da entsprechend unserer Geschäftsordnung dieser Tagesordnungspunkt nicht rechtzeitig und damit ordnungsgemäß dem Stadtrat vorlag.

Herr Lange

Ja. Möchte der Oberbürgermeister etwas dazu sagen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Diese Aussage gilt nur für die Beschlussfähigkeit, aber ich verstehe das, ich hatte das ja auch deutlich gemacht, dass wir heute einbringen oder einreichen, damit Sie die Unterlagen dann haben und dass Sie das nicht durchlesen können, das ist selbstverständlich, deshalb wollen wir das auch in den Ausschüssen behandeln. Das läuft also ganz normal zu den, auf die Ausschüsse zu und von daher stimme ich Herrn Meerheim zu.

Herr Lange

Gut, der Antrag ist, den Punkt von der Tagesordnung zu nehmen. Bitte? Ich habe das jetzt nicht. Er hat...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich stimme da zu. Da nehmen wir das runter, kein Problem.

Herr Lange

Der Oberbürgermeister nimmt es selbst von der Tagesordnung, das heißt er zieht die Vorlage jetzt erstmal zurück. Anders funktioniert das ja nicht, sonst müssten wir...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Ich habe mich deutlich ausgedrückt.

Herr Lange

Ja, gut. Dann ist das so.

Ende Wortprotokoll

Herr Lange verwies auf vorliegende Dringlichkeitsvorlage und -anträge und bat um Abstimmung zur Aufnahme auf die Tagesordnung

Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2017/02824

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit mehr als 2/3 Mehrheit

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: VI/2017/02823

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit mehr als 2/3 Mehrheit

Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung von sachkundigen Einwohner*innen
Vorlage: VI/2017/02825

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt
mit mehr als 2/3 Mehrheit

Des Weiteren informierte **Herr Lange** über folgende Änderungen und Ergänzungen:

TOP 8.1

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verzicht auf Werbeträger an den Hausmannstürmen und dem Roten Turm

→ **hierzu liegt ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion vor, Behandlung unter TOP 8.1.1**

TOP 9.2

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM) zur Verabschiedung einer Resolution

Vorlage: VI/2017/02723

→ **es wurden weitere Beschlusspunkte hinzugefügt**

Weitere Anmerkungen gab es nicht, sodass **Herr Lange** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung

3. Genehmigung der Niederschrift
- 3.1. Genehmigung der Niederschrift vom 14.12.2016
- 3.2. Genehmigung der Niederschrift vom 25.01.2017
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 25.01.2017
Vorlage: VI/2017/02798
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters
7. Beschlussvorlagen
- 7.1. Ehrung von Hans-Dietrich Genscher durch die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02585
- 7.2. Umbenennung des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums in Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasium
Vorlage: VI/2016/02606
- 7.3. *Grundsatzbeschluss zur Errichtung eines Verwaltungszentrums in einer Hochhausscheibe in Halle-Neustadt*
Vorlage: VI/2017/02799 *abgesetzt*
- 7.4. Aufwandsspaltungsbeschluss gemäß § 6 Abs. 2 KAG LSA i. V. m. § 4 Abs. 3 Straßenausbaubeitragssatzung zum Ausbau der Delitzscher Straße zwischen Güterbahnhof und Schönnewitzer Straße
Vorlage: VI/2016/02603
- 7.5. Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 52 Westlicher Bereich Stadtteilzentrum Neustadt, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02266
- 7.6. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 178 "Trotha, Solarpark Aschedeponie" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02271
- 7.7. Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 112.1 "Nahversorgungszentrum Ammendorf - Merseburger Straße"- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/02334
- 7.8. Bebauungsplan Nr.172 „Lebensmittelmarkt Akeleistraße“ - Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02466
- 7.9. Bebauungsplan Nr.172 „Lebensmittelmarkt Akeleistraße“ - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02467
- 7.10. Bebauungsplan Nr. 93 „Halle-Ost, Delitzscher Straße 58-68, 63 bis Reideburger Straße“ - Aufhebungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02593

- 7.11. Baubeschluss zu Fluthilfemaßnahmen HW 59 / HW 125
Wiederherstellung Wassersportzentrum Osendorfer See
Vorlage: VI/2016/02605
- 7.12. Änderung des Baubeschluss vom 28.05.2014 Beschluss-Nr.: V/2014/12450
Schnittstellenprojekt S-Bahnhof Nietleben
Vorlage: VI/2016/02626
- 7.13. Aufstellung der Plastik "Eva" von Marianne Traub
Vorlage: VI/2016/02487
- 7.14. Durchführung des Bundeswettbewerbs "Jugend musiziert" 2019 in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02508
- 7.15. *Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) – (Sportförderrichtlinie)*
Vorlage: VI/2016/02463 *vertagt*
- 7.15.1. *Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zur Sportförderrichtlinie der Stadt Halle (Saale) - VI/2016/02463 - Übernahme der Empfehlungen des SSB Halle e.V. (SSB)*
Vorlage: VI/2017/02793 *vertagt*
- 7.15.2. *Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Sports in der Stadt Halle (Saale) – (Sportförderrichtlinie)*
Vorlage: VI/2017/02773 *vertagt*
- 7.16. Kündigung der Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland
Vorlage: VI/2016/01867
- 7.17. Erste Fortschreibung zur Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schulform Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2016/17 bis 2020/21 (Vorlage Nr. VI/2015/01129)
Vorlage: VI/2016/02523
- 7.18. Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: VI/2017/02824
- 8. Wiedervorlage
- 8.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verzicht auf Werbeträger an den Hausmannstürmen und dem Roten Turm
Vorlage: VI/2016/02407
- 8.1.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verzicht auf Werbeträger an den Hausmannstürmen und dem Roten Turm
Vorlage: VI/2017/02821
- 8.2. Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, die LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gründung eines künstlerischen Beirates und zur Änderung der Kulturförderrichtlinie

Vorlage: VI/2016/02516

9. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 9.1. Antrag der Fraktionen des Stadtrates Halle (Saale) zur Änderung der Stadtratsgeschäftsordnung
Vorlage: VI/2017/02781
 - 9.2. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM) zur Verabschiedung einer Resolution
Vorlage: VI/2017/02723
 - 9.3. Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zum Anbau einer Aula für die Zweite Integrierte Gesamtschule Halle
Vorlage: VI/2017/02780
 - 9.4. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Aufwertung des halleschen Busbahnhofes
Vorlage: VI/2017/02787
 - 9.5. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum städtischen Teilnehmungsmanagement
Vorlage: VI/2017/02776
 - 9.6. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Fortschreibung des Personalentwicklungskonzeptes
Vorlage: VI/2017/02784
 - 9.7. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung
Vorlage: VI/2017/02783
 - 9.8. Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: VI/2017/02823
 - 9.9. Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung von sachkundigen Einwohner*innen
Vorlage: VI/2017/02825
10. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 10.1. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum Projektfortschritt HES
Vorlage: VI/2017/02790
 - 10.2. Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu Verträgen zur Kita-Finanzierung
Vorlage: VI/2017/02791
 - 10.3. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur elektronischen Abwicklung von Parkvorgängen
Vorlage: VI/2017/02786
 - 10.4. Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Erstellung eines

Gehweg, Radweg und Straßenzustandsberichtes
Vorlage: VI/2017/02785

- 10.5. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Arbeit in der Ausländerbehörde
Vorlage: VI/2017/02771
- 10.6. Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Verbesserung des Wohn- und Lebensumfeldes in der Südstadt
Vorlage: VI/2016/02666
- 10.7. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aufwertung der Grünfläche an der Kreuzung Zur Saaleaue/Unstrutstraße
Vorlage: VI/2017/02778
- 10.8. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Schaffung eines Fanhauses für die Fans des Mitteldeutschen Eishockey Clubs 04 e.V. - Saale Bulls
Vorlage: VI/2017/02777
- 10.9. Anfrage der SPD-Fraktion zu LQE-Verhandlungen und dem Betrieb von Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2017/02779
- 10.10. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und der CDU/FDP-Fraktion zu Anregungen von BürgerInnen beim Tag der Offenen Tür (08.01.2017)
Vorlage: VI/2017/02782
- 10.11. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Saalequerungen für den Fuß- und Radverkehr
Vorlage: VI/2017/02774
- 10.12. Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Baumfällungen und Baumpflanzungen im Stadtgebiet im Jahr 2016
Vorlage: VI/2017/02775
- 10.13. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Fahrradabstellmöglichkeiten
Vorlage: VI/2017/02686
- 10.14. Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept
Vorlage: VI/2017/02767
- 10.15. Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu sozialen Vereinen
Vorlage: VI/2016/02680
- 10.16. Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Halle-Ost
Vorlage: VI/2017/02788
- 10.17. Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Personen ohne festen Wohnsitz
Vorlage: VI/2016/02681
- 10.18. Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Geflüchteten

Vorlage: VI/2016/02683

- 11. Mitteilungen
- 11.1. Quartalsbericht III/2016 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: VI/2016/02532
- 11.2. Mitteilung des Prüfergebnisses zu den Öffnungszeiten der Hallenbäder während der Sommerzeit
Vorlage: VI/2016/02639
- 12. mündliche Anfragen von Stadträten
- 12.1. Anfrage des Stadtrates Herrn Kaßner zur Kommunalwahl 2014
- 12.2. Anfrage des Stadtrates Marko Rupsch zur Prüfung des Verkaufs von Gartenanlagen für neue Wohngebietsstandorte
- 13. Anregungen
- 14. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

zu 3.1 Genehmigung der Niederschrift vom 14.12.2016

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift vom 14.12.2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 3.2 Genehmigung der Niederschrift vom 25.01.2017

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift vom 25.01.2017.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 25.01.2017 Vorlage: VI/2017/02798

Herr Lange teilte mit, dass die in nicht öffentlicher Sitzung des Stadtrates vom 25.01.2017 gefassten Beschlüsse im Foyer des Stadthauses ausgehangen wurden und im Amtsblatt nach Bekanntgabe veröffentlicht werden.

zu 5 Bericht des Oberbürgermeisters

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), CDU/FDP-Stadtratsfraktion Stadt Halle (Saale) und Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herzlichen Dank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich würde gerne heute mit dem Container Terminal Halle (Saale) beginnen und zwar als Logistikkreuzung in Mitteldeutschland. Meine Damen und Herren, der Aufbau des Hafens schreitet voran. Die Umstellung auf Container vollzieht sich nach und nach. Wenn Sie das Luftbild vom Hafen Halle sehen, dann wird deutlich, dass auf der linken Seite bereits sehr viele Container stehen. Und wenn Sie die Stadt Halle sich ansehen, die in der Mitte der Bedeutung des Container Terminals steht, dann muss man feststellen, dass dieser Terminal seit Jahren das größte öffentliche diskriminierungsfrei zugängliche Container Terminal im Land Sachsen-Anhalt ist und bei den Binnenhäfen mit einem Umschlag von bis zu 100.000 TEU einen vorderen Platz einnimmt.

Meine Damen und Herren, die Stadtwerke sind dabei, dieses weiter auch auszubauen und von daher hier nochmal die Bedeutung.

Auf der rechten Seite sehen Sie die Erweiterungsflächen für die Biogene Kraftstoffe, Erweiterungsfläche für das Container Depot und der Abschluss der begonnenen Investitionen.

Hier auf der linken Seite dann soll der Getreideumschlag und die Lagerung wieder belebt werden.

Meine Damen und Herren, wir möchten an dieser Stelle deutlich machen, dass weiterhin der Hafen in dieser Hinsicht ein Containerhafen mittlerweile auch geworden ist. Und es wird in den nächsten Jahren darum gehen, und das haben wir im Wirtschaftsausschuss gestern behandelt, unter der Leitung von Herrn Häder, dass dort die Saale schiffbar gemacht wird und auch hier die Möglichkeit besteht, dass dann auch Containerschiffe gegebenenfalls in den nächsten Jahren hier anlegen können. Hauptumschlagsplatz ist aber nicht das Hafengeschäft, ausdrückliche Betonung liegt auf das Containergeschäft, im Wesentlichen dann mit Zug.

Die Perspektiven, wie gehen wir mit dem Bundesverkehrswegeplan um. Ziel: Der Erhalt der Saale als Bundeswasserstraße. Sie wissen, in den letzten Jahren haben wir sehr ausführlich und sehr intensiv dafür auch gekämpft, ist erreicht, das heißt, die Saale ist aufgenommen, das Projekt Saale-Seiten-Kanal ist ebenfalls im Bundesverkehrswegeplan enthalten, allerdings nicht mehr vordringlich, sondern im weiteren ergänzenden Bedarf. Fazit: Für die bedingungslose Nutzung möglicher Transportwege auf der Saale muss nach wie vor geworben werden, das wird von unseren Stadtwerken auch durchgeführt und das wird auch sehr intensiv betrieben und der Terminal treibt die Nutzung der Saale weiter voran. Das Gewerbegebiet an der dortigen Stelle soll auch erhalten bleiben, so dass wir diese Nutzung dann in den nächsten Jahren weiter fortführen können.

Zu den Baumaßnahmen: Auch hier 2017, möchte ich noch ansprechen, dass Sie darüber informiert werden, dass der Gimritzer Damm im zweiten Bauabschnitt sich befindet, dann die Hochstraße-Waisenhausmauer als zweiten Punkt. Der dritte Punkt, der Ausbau der Merseburger Straße Nord, dann die Veszpremer Straße - Südstadtring Bauabschnitt II. Dann

schreitet fort Umbau 5.2.3 Umbau Steintor wird in diesem Jahr abgeschlossen und ebenfalls Veszpremer Straße – Südstadtring Bauabschnitt I.

Meine Damen und Herren, zum Gimritzer Damm hier noch einmal die Chronologie. 2011, ein Schnelldamm wird von den Fachleuten des LHW geplant. Es finden mehrere Variantenprüfungen statt. 2013, LHW und Oberbürgermeister, das Gericht stoppt den Bau des Dammes. 2015, LHW und Landesverwaltungsamt, auch hier stoppt das Gericht den Bau des Dammes. Und 2017, jetzt andiskutiert, ist die Umweltverträglichkeitsprüfung in einem Planfeststellungsverfahren soweit abgeschlossen, dass parallel zum alten Gimritzer Damm als umweltverträglichste Lösung eine Spundwand vorgeschlagen wird. Das ist der aktuelle Stand. Das Planfeststellungsverfahren läuft weiter und wir hoffen auf schnelle Entscheidung und natürlich auch keine gerichtlichen Einsprüche.

Zur Kulturhauptstadt Europas 2025. Herr Scheytt war hier, hat sehr ausführlich über die einzelnen Themen und vor allem den Weg zur Europäischen Kulturhauptstadt beschrieben. Ich möchte einige Punkte noch einmal deutlich machen. Die Aussagen Stadt und Bürgerschaft müssen sich deutlich machen, dass sie mit der Auszeichnung Kulturhauptstadt Europas eine langfristige Stadtentwicklung zum Ziel haben. Basis ist die Selbstvergewisserung der Stadt mit den Mitteln von Kunst und Kultur.

Die Geschichte der Stadt muss im Kontext europäischer Entwicklungen zu erzählen sein und in die Zukunft weiter gedacht werden.

Drittens die Entwicklung der geforderten kulturellen Strategie bedeutet Nachhaltigkeit. Es gewinnt keineswegs die Stadt mit dem meisten Investitionskapital oder den teuersten Akteuren.

Dies alles zusammengebunden bedeutet, dass in der Kurzfassung, besonders für die Stadträte, die nicht in dieser Veranstaltung dabei gewesen sind, dass 12 Mitglieder einer EU-Jury 2019 entscheiden, wer auf eine verkürzte Liste kommt, also eine Vorauswahlphase bis Ende 2019 und dann bis zum Herbst 2020 beginnt dann die Auswahlphase für den Titel.

Worum geht es im Besonderen? Einmal die Bewerbungsstrategien. Dann muss eine Geschichte erzählt werden. Also es muss eine Geschichte das Thema Kultur umranden, dann gibt es entsprechende Phasen, die auf Vordrucken dann auch auszufüllen sind und die Hauptkriterien in sechs Kapiteln festgeschrieben sind.

Planen und Ideen von 2016 bis 2019 sind angebracht, es hat sich der von Ihnen beschlossene Beirat hat sich gegründet und hat die Arbeit aufgenommen.

Hier möchte ich nochmal deutlich machen anhand dieser Übersicht, die uns Herr Scheytt auch mit zur Verfügung gestellt hat. Also bei der linken Spalte, bei den Themenfeldern eine Strategie. Die Strategie muss europäisch sein, das heißt, sie muss übertragbar sein in andere Städte. Künstlerische Inhalte, Teilhabe, die Kapazität und das Management. Und da sieht man dann bei den Ressourcen, was eigentlich erforderlich ist, um dann dieses Ziel zu erreichen, in den Verwaltungsstrukturen zum Teil mit einem Bewerbungsbüro geschaffen werden. Und dass natürlich von Beginn an die Bürgerschaft einen wesentlichen Part daran hat und daran mitwirkt.

Meine Damen und Herren, zu den erfreulichen Mitteilungen zählt eine weitere Ansiedlung, hier unter Ziffer 5 deutlich gemacht. Das ist ARTiBACK im Star Park. Das Unternehmen will im Star Park eine neue Produktionsstätte für hochwertige Tiefkühlbackwaren errichten. Die Investitionskosten belaufen sich auf rund 40 Mio. Euro. Der Grundstücksvertrag wurde über insgesamt 8 ha bekundet und es sollen 50 Arbeitsplätze entstehen. Der Baubeginn ist geplant für April 2017.

Dann zu den Scheiben in Halle-Neustadt. Die zentrale Frage, soll die Stadt Halle eine Scheibe als Verwaltungsstandort nutzen?

Also ein zentraler Verwaltungsstandort würde die Attraktivität des Zentrums in Halle-Neustadt erhöhen. Es ist eine Initialzündung für das gesamte Gebiet, auch für die Nutzung der übrigen Scheiben. Es ist in der Nutzung ein zentraler Anlaufpunkt zur Erfüllung sozialer integrativer Verwaltungsaufgaben und letztendlich würde eine solche Entscheidung von Ihnen unsere Bewerbung im Wettbewerb Zukunftsstadt Projekt „halle.neu.stadt 2050“ steigern.

Zur Finanzierung: Die Finanzierung, die Sie dann in Ihren Unterlagen auch sehen, beinhaltet eine Reduktion der Verwaltungsstandorte von 26 auf 17 und grundsätzlich mit dem Einsparpotential. Aus der Umstrukturierung der Verwaltungsstandorte ist eine Möglichkeit gegeben, über eine Nettokaltmiete bis zu einem Betrag von 9,90 €/m² pro Monat dieses zu finanzieren. Für diese Miete wäre die Sanierung der Scheiben durch einen Investor mit einer Rendite von bis zu 4,25 % wirtschaftlich darstellbar.

Deshalb klarer Vorschlag von mir, das ist die Bitte an Sie, eine Grundsatzentscheidung zu treffen, darüber unterhalten wir uns dann in den Ausschüssen und dann hier letztendlich in der Entscheidung im Stadtrat. Der Stadtrat spricht sich für die Errichtung eines neuen Verwaltungsstandortes in einer Hochhausscheibe in Halle-Neustadt aus. Und zweitens, der Oberbürgermeister wird beauftragt, die dafür notwendigen Beschlüsse vorzubereiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Die weitere Vorgehensweise, wenn der Stadtrat diesen Beschluss fasst, soll im Zuge eines Markterkundungs- und Interessenbekundungsverfahrens eruiert werden, ob sich zu diesen Rahmenbedingungen ein Investor findet. Wir haben deutliche Signale bekommen, dass so etwas möglich ist und wir würden dann in die intensiveren Gespräche eintreten.

Die Verwaltung, auch hier möchte ich das deutlich machen, legt sich bewusst nicht auf eine Scheibe fest, sondern hier geht es mit dem Blick auf die unterschiedlichen Eigentumsfragen allgemein um die Entscheidung, will die...der Stadtrat, will die Stadt Halle einen Verwaltungsstandort in Halle-Neustadt einrichten. Der Antrag steht zur Beratung auf der Tagesordnung einmal im Planungsausschuss, dann im Stadtentwicklungsausschuss, dann im Finanzausschuss und im Hauptausschuss. Also zentral die Frage an Sie gerichtet mit der Grundsatzentscheidung, will die Stadt Halle ein Verwaltungszentrum in der Scheibe in Halle-Neustadt errichten?

Diese Frage ist relativ simpel mit ja oder nein zu beantworten und dann können wir weiter in die intensivere Prüfung eintreten. Das, was Sie als Anhang bekommen haben, ist die Darstellung, dass es sich rechnet. Dass wir die Möglichkeit haben, tatsächlich das auch umzusetzen und uns einzumieten, wenn Sie das möchten. Deshalb erstmal die Grundsatzentscheidung, möchten Sie, dass die Verwaltung ein Verwaltungsstandort in Halle-Neustadt errichtet. Das ist die zentrale Frage. Wir machen deutlich in dem Anhang, dass dieses sich rechnet und hier wir eine große Chance haben Halle-Neustadt zu beleben. Und dafür möchte sich die Verwaltung einsetzen und bei Ihnen dann in den nächsten Wochen um Zustimmung bitten.

Mein Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

zu 6 Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters

Eine Aussprache zum Bericht des Oberbürgermeisters fand nicht statt.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

zu 7.1 **Ehrung von Hans-Dietrich Genscher durch die Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: VI/2016/02585**

Herr Scholtyssek wollte mit seinen Worten für die Ehrung von Hans-Dietrich Genscher werben. Er würdigte kurz das Leben des Politikers. Er meinte, dass auch in vielen anderen Städten die Bahnhofsvorplätze den Namen von Politikern tragen.

Frau Müller meinte, ihre Fraktion wird der Umbenennung des Bahnhofvorplatzes mehrheitlich zustimmen. Sie berichtete über die Debatte, welche dazu geführt wurde. Die Arbeitsgruppe, die im Stadtrat berufen wurde, war nicht sehr konstruktiv. Der Verweis in den Kulturausschuss war nach ihrer Meinung richtig. Ihr Problem war, dass man sich gegenseitig Ideologiekampf vorgeworfen hat; solch ein wichtiges Thema führt immer zu Streitgesprächen.

Weiter sprach **Frau Müller** die für sie irreführenden Beiträge in der Mitteldeutschen Zeitung an. Sie empfand es als ungerecht, dass wochenlang die Arbeit des Stadtrates bemängelt wurde. Auch die Aussagen des Oberbürgermeisters konnte sie nicht gutheißen.

Herr Wolter berichtete, dass viele Bürger an der Debatte interessiert waren. Er fand die Gründung einer Arbeitsgruppe richtig, um gemeinsam einen Kompromiss zu finden. Seine Fraktion will diesem auch zustimmen. Er bedauerte aber auch das Fehlen der Professionalität bei der Debatte.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Bahnhofplatz wird in Hans-Dietrich-Genscher-Platz umbenannt.

zu 7.2 **Umbenennung des Johann-Gottfried-Herder-Gymnasiums in Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasium** **Vorlage: VI/2016/02606**

Herr Dr. Bartsch berichtete, dass das Herder-Gymnasium im letzten Jahr sein 25. jähriges Jubiläum feiern konnte und nun wenige Monate später umbenannt werden soll. Halle erhebt den Anspruch Kulturhauptstadt Sachsen-Anhalt zu sein und will europäische Kulturhauptstadt werden und gleichzeitig will die Stadt ein Herder-Gymnasium umbenennen. An einer so großen Persönlichkeit wie Johann-Gottfried-Herder kommt man nicht vorbei. Hans-Dietrich-Genscher hielt eine Festansprache am 27.03.2009 zur Umbenennung der Schule in das Herder-Gymnasium, informierte er weiter.

Herr Dr. Bartsch sagte, wenn er Herrn Genscher ehren möchte, möchte er den Wunsch von ihm gerecht werden, nämlich den Namen Herder die nächsten 100 Jahre dem Gymnasium noch zugeordnet behalten.

Herr Krause sagte, es ist ein Votum für Hans-Dietrich Genscher und kein Votum gegen Johann-Gottfried Herder. In der Fraktion wurde darüber diskutiert. Schüler, Lehrer und Eltern haben sich zu einer Meinung durchgerungen und das ist ein Grund zur Zustimmung.

Herr Schachtschneider machte deutlich, dass sich der Stadtrat nie gegen eine Meinung der Gesamtkonferenz gestellt hat. Er bat um Zustimmung.

Frau Müller sagte, ihre Fraktion ist gegen eine Umbenennung; es geht dabei nicht um eine ideologische Frage. Sie akzeptiert das Votum der Schule, möchte aber keinen Politiker der Zeitgeschichte als Namensgeber.

Frau Dr. Wünscher meinte, bei der Abstimmung an der Schule haben die Schüler Herrn Genscher gewählt, weil sie zu ihm einen näheren Bezug haben. Sie regte an, dass bei einer Gymnasialausbildung Johann-Gottfried-Herder doch im Bewusstsein von Lehrern und Schülern sein sollte.

Herr Häder sagte, man soll die Entscheidung der Schule nicht kritisieren. Der Kulturausschuss ist nicht zuständig für diese Entscheidung, der Bildungsausschuss hat sachlich diskutiert. Er meinte der Stadtrat sollte das Votum der Schulkonferenz respektieren.

Herr Feigl erklärte, es handelt sich um ein zweistufiges Verfahren. Die Schulkonferenz und der Stadtrat müssen ein Ergebnis finden; die Entscheidung soll sachlich sein.

Frau Hinniger meinte, die Schule hat sich entschieden, weil sie Herrn Genscher kannten und sie sein Streben nach Freiheit mit in den Fokus setzen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand lud zur Gedenkveranstaltung zu Ehren von Hans-Dietrich Genscher anlässlich des ersten Todestages am 31.03. ein. An diesem Tag soll auch die Umbenennung des Bahnhofsplatzes stattfinden.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Das Johann-Gottfried-Herder-Gymnasium wird auf Grundlage des Vorschlags der Gesamtkonferenz in Hans-Dietrich-Genscher-Gymnasium umbenannt.

**zu 7.4 Aufwandsspaltungsbeschluss gemäß § 6 Abs. 2 KAG LSA i. V. m. § 4 Abs. 3
Straßenausbaubeitragssatzung zum Ausbau der Delitzscher Straße
zwischen Güterbahnhof und Schönnewitzer Straße
Vorlage: VI/2016/02603**

Herr Krause teilte mit, dass der Vergabeausschuss die Vorlage beraten, aber nicht beschlossen hat, da es noch viele offene Fragen gab.

Herr Stäglin antwortete auf nachfolgende Fragen.

Wie wird die Aufspaltung finanziert?

Herr Stäglin informierte, dass alle Beitragspflichtigen wissen, dass Straßenausbaubeiträge auf sie zukommen werden. Die Vorausleistungsbescheide sind erlassen und es wurden einige Widersprüche eingelegt.

Warum wird die Spaltung vorgeschlagen?

Herr Stäglin erklärte, dass der Vorausleistungsbescheid ein Stück Abschlagszahlung ist und jeder Grundstückseigentümer Klarheit über die Höhe der Kosten haben möchte. Mit dem Aufwandsspaltungsbeschluss können Bescheide zur Verrechnung verschickt werden, wobei über den größten Teil des Beitrages Klarheit herrscht. Auch für die Stadt wäre das wichtig, da sie in Vorleistung gegangen ist und dies refinanziert werden muss. Durch die Spaltung gibt es keine Preissteigerung.

Herr Krause fragte, ob bei den Leistungsbescheiden grundsätzlich widersprochen wurde oder es mehr um die Höhe ging oder andere Einzelheiten.

Herr Häder meinte, dass es durch den Aufwandsspaltungsbeschluss keine Klarheit über die ganzen Kosten gibt. Müssen erste Zahlungen zurückgezahlt werden, um dann neu zu bescheiden?

Herr Dr. Wöllenweber fragte, ob sich die Widersprüche gegen die Erhöhung von ursprünglich vorgegebenen Zahlen richten.

Herr Stäglin sagte, dass ihm nicht die Details der Widersprüche bekannt sind. Er meinte, dass es ein Unterschied ist, ob die Vorauszahlung geleistet wird oder eine Sicherheit über den Großteil der Beträge besteht. Auch für die Stadt ist eine schnelle Abrechnung gut.

Herr Dr. Wöllenweber fragte nach, ob es noch ungeklärte Grundstücksangelegenheiten gibt.

Herr Stäglin teilte mit, dass noch nicht alle Grundstücke in das Eigentum der Stadt übergegangen sind. Es wird einen Straßenausbaubeitragsbescheid geben und hier wären es dann zwei.

Herr Häder wollte wissen, wie es sich mit den Vorauszahlungen verhält.

Herr Stäglin erklärte, dass eine Vorauszahlung keine 100% sind. Sollte es doch so sein, wird die Stadtverwaltung dies klar auseinander rechnen.

Herr Doege wollte wissen, ob Kostensteigerungen bei diesem langen Zeitraum und der noch nötigen Grundstückskäufe ausgeschlossen werden können.

Herr Stäglin sagte, dass der Aufwandsspaltungsbeschluss nicht zu einer Erhöhung der Kosten führt. Weitere Kosten fallen noch an.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Lange** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, zur Abrechnung der Kosten für den Ausbau der Delitzscher Straße zwischen Güterbahnhof und Schönnewitzer Straße für folgende Anlagen jeweils die Kosten für den Grunderwerb und den Wert der von der Stadt aus ihrem Vermögen bereitgestellten Flächen gemäß § 6 Abs. 2 KAG-LSA i. V. m. § 4 Abs. 3 Straßenausbaubeitragsatzung gesondert zu ermitteln und kostenmäßig abzuspalten (Aufwandsspaltung):

1. Anlage vom Riebeckplatz bis zur HES im Abschnitt vom Kanenaer Weg bis zur HES
2. Anlage von der HES bis Spargelweg (Verlassen der Gleise des Straßenkörpers)

3. Anlage vom Schmiedeweg bis Schönnewitzer Straße (Bauende)

**zu 7.5 Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 52 Westlicher Bereich
Stadtteilzentrum Neustadt, 1. Änderung - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02266**

Herr Stäglin erklärte, dass durch die Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) noch kurzfristig Fragen eingereicht wurden. Er schlug vor, diese bis zum nächsten Ausschuss für Planungsangelegenheiten zu beantworten und dann dem Stadtrat die Vorlage erneut vorzulegen. Somit wurde die Beschlussvorlage vertagt.

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, den Vorhaben- und Erschließungsplan Nr. 52 Westlicher Bereich Stadtteilzentrum Neustadt (Bekanntmachung im Amtsblatt der Stadt Halle vom 03.12.1998) zu ändern (1. Änderung).
2. Der Geltungsbereich der 1. Änderung umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellte Fläche. Der Geltungsbereich der 1. Änderung umfasst den Geltungsbereich des Vorhaben- und Erschließungsplanes Nr. 52 mit ca. 4,64 ha.
3. Der in der beigefügten zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung benannte Änderungsumfang wird gebilligt.
4. Die 1. Änderung soll im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB durchgeführt werden.

**zu 7.6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 178 "Trotha, Solarpark
Aschedeponie" - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02271**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt gemäß § 2 Abs. 1 BauGB den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 178 „Trotha, Solarpark Aschedeponie“ aufzustellen.
2. Der Geltungsbereich umfasst die in der Anlage 2 zu diesem Beschluss dargestellten Flächen. Der Geltungsbereich umfasst eine Fläche von ca. 10,64 ha.
3. Der Stadtrat billigt die in der zusammenfassenden Sachdarstellung und Begründung genannten Planungsziele.

**zu 7.7 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 112.1 "Nahversorgungszentrum
Ammendorf - Merseburger Straße"- Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/02334**

Herr Schied sagte, dass er das Nahversorgungszentrum kritisch sieht, wenn „Globus“ in der Nähe den neuen Markt baut und viele Kunden dorthin fahren.

Herr Feigl teilte die Meinung von Herrn Schied. Er wird die gesamten neuen Einzelhandelsansiedlungen betrachten.

Herr Krause bemerkte, dass der Rat nicht so oft von dem Einzelhandelskonzept abgewichen ist.

Herr Schied sagte, dass im Planungsausschuss das Einzelhandels- und Zentrenkonzept regelmäßig auf der Tagesordnung steht und dies auch oft verändert wird. Die Betrachtung erfolgt immer von einzelnen Standorten aus.

Herr Häder meinte, dass das Einzelhandels- und Zentrenkonzept nicht mehr greift. Die Fläche an der Merseburger Straße ist für Industriegewerbe geeignet und so, wie der Run auf Gewerbeflächen in Halle ist, sollte man dort keinen Einzelhandel ansiedeln.

Herr Stäglin sagte, dass über das Konzept noch diskutiert werden soll. Dieses ist ein städtebauliches Konzept, es hebt keine verbindlichen Bauleitplanungen aus. Zu dem Nahversorgungszentrum Ammendorf wurde im Rat intensiv diskutiert und erste Pläne geändert. Für diesen Standort gibt es schon positive Voten des Stadtrates und es muss auch der Vertrauensschutz für den Investor berücksichtigt werden.

Herr Dr. Wöllenweber bemerkte, dass der Eingang vom Süden nach Halle unansehnlich ist. Eine Aufwertung durch Straßenbau und einem neuen Handelszentrum ist ansehnlicher als der jetzige Zustand. Er bezifferte die Einnahme für die HAVAG durch den Verkauf des Grundstückes mit 1 Mio. €.

Herr Feigl bezeichnete den Verkauf des Grundstückes als Haupttriebfeder. Eine Aufwertung von Ammendorf sollte an diesem Standort erfolgen. Die Entscheidung für diesen Standort war immer mit knapper Mehrheit. In den letzten Monaten strebten immer mehr Einzelhandelsunternehmen in die Stadt und die sollten bei den Abwägungen berücksichtigt werden. Die Auswirkungen der Veränderungen sind noch nicht bekannt und diese sollte man nicht ignorieren.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Lange** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat bestätigt den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 112.1 „Nahversorgungszentrum Ammendorf - Merseburger Straße“ in der Fassung vom 07.12.2016 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung.
2. Der Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 112.1 „Nahversorgungszentrum Ammendorf - Merseburger Straße“ in der Fassung vom 07.12.2016 sowie die Begründung zum Entwurf mit dem Umweltbericht in gleicher Fassung, sind öffentlich auszulegen.

**zu 7.8 Bebauungsplan Nr.172 „Lebensmittelmarkt Akeleistraße“ -
Abwägungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02466**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Den in der Anlage zu diesem Beschluss enthaltenen Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung über die Behandlung der eingegangenen Hinweise zum Bebauungsplan Nr.172 „Lebensmittelmarkt Akeleistraße“ wird zugestimmt.

**zu 7.9 Bebauungsplan Nr.172 „Lebensmittelmarkt Akeleistraße“ -
Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02467**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt den Bebauungsplan Nr.172 „Lebensmittelmarkt Akeleistraße“, gemäß § 10 Abs. 1 BauGB in der vorgelegten Fassung vom 1. Oktober 2016 als Satzung
2. Die Begründung in der vorgelegten Fassung vom 1. Oktober 2016 wird gebilligt.

**zu 7.10 Bebauungsplan Nr. 93 „Halle-Ost, Delitzscher Straße 58-68, 63 bis
Reideburger Straße“ - Aufhebungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/02593**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses vom 06.12.1995 für den Bebauungsplan Nr. 93 „Halle-Ost, Delitzscher Straße 58-68, 63 bis Reideburger Straße“ (Beschluss-Nr. 95/I-15/278).
2. Der Stadtrat beschließt die Einstellung des Planverfahrens.

**zu 7.11 Baubeschluss zu Fluthilfemaßnahmen HW 59 / HW 125
Wiederherstellung Wassersportzentrum Osendorfer See
Vorlage: VI/2016/02605**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Realisierung der Fluthilfemaßnahme HW 59 / HW 125 Planung und Neubau des Wassersportzentrums Osendorfer See entsprechend der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Beseitigung der Hochwasserschäden 2013 (Richtlinie Hochwasserschäden Sachsen-Anhalt 2013).

**zu 7.12 Änderung des Baubeschluss vom 28.05.2014 Beschluss-Nr.: V/2014/12450
Schnittstellenprojekt S-Bahnhof Nietleben
Vorlage: VI/2016/02626**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Ergänzung des Baubeschlusses für die Maßnahme Schnittstellenprojekt S-Bahnhof Nietleben. Die neue Gesamtsumme beläuft sich auf 2.463.273,76. Euro.

**zu 7.13 Aufstellung der Plastik "Eva" von Marianne Traub
Vorlage: VI/2016/02487**

Herr Bartsch fragte nach dem Termin für die Aufstellung der Plastik. Er sprach an, dass er im Oktober 2016 angeregt hatte, dass ein inhaltliches Konzept erarbeitet werden sollte, das sich längerfristig damit beschäftigt, wo man Plätze mit Kunstwerken verschönern kann.

Frau Dr. Marquardt sagte, dass in Beantwortung der Anfrage mitgeteilt wurde, welche Kunstwerke aufgestellt werden sollen und welche Projekte veranlasst werden, um Kunst im öffentlichen Raum umzusetzen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Herr Lange** zur Abstimmung auf.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, die Plastik „Eva“ von Marianne Traub an der Saalepromenade in der Grünfläche auf der Höhe des Weges zum „Amtsgarten“ aufzustellen.

zu 7.14 Durchführung des Bundeswettbewerbs "Jugend musiziert" 2019 in Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02508

Frau Dr. Bergner begrüßte es, wenn der Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ 2019 in Halle stattfindet. Sie äußerte ihre Zweifel gegenüber der Bettenkapazität, da zur gleichen Zeit die Händelfestspiele stattfinden. **Frau Dr. Bergner** gab den Hinweis, dass ebenfalls in diesem Zeitraum zwei Wahlen anstehen und darauf geachtet werden sollte, dass die Besucher des Bundeswettbewerbes eine gute Beschilderung neben den Wahlplakaten vorfinden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte, dass die Stadt sich der Situation bewusst ist und sich selbstverständlich um eine ordentliche Beschilderung kümmert.

Frau Dr. Marquardt erklärte, dass das Thema Unterbringung gemeinsam angegangen und gelöst wird.

Frau Müller sprach sich positiv für den Wettbewerb aus

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Der Stadtrat befürwortet die Ausrichtung des Bundeswettbewerbs „Jugend musiziert“ durch die Deutscher Musikrat gemeinnützige Projektgesellschaft mbH 2019 in Halle (Saale).
2. Der Stadtrat beauftragt den Oberbürgermeister, den städtischen Finanzierungsanteil gemäß § 99 (6) des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt einzuwerben.

zu 7.16 Kündigung der Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland
Vorlage: VI/2016/01867

Herr Helmich erklärte, dass seine Fraktion weiterhin die Kündigung der Mitgliedschaft ablehnt. Die Inhalte, welche durch das Netzwerk vertreten sind, stellen ein hilfreiches Instrument dar. Des Weiteren teilen sie nicht die Auffassung, dass die für Halle inhaltlich nützlichen Arbeiten des Netzwerkes durch andere Projekte in Halle abgedeckt werden.

Auch **Frau Haupt** sagte, dass ihre Fraktion der Vorlage ablehnend gegenübersteht. Als Gründe für die Ablehnung gab Sie folgendes an: Die Zielstellung bei damaligem Eintritt ist aktueller denn je (Gesundheitsförderung) und auch die Bürgerinnen und Bürger betrifft die Gesundheitspolitik. Auch die Prävention sollte man nicht aus dem Blick verlieren. Sie wies ebenso darauf hin, dass der Stadtrat nur teilweise bei Entscheidungen einbezogen wurde; auch der Austausch mit anderen Städten bricht dadurch weg.

Weiter erklärte **Frau Haupt**, dass bei der damaligen Beschlussfassung zum Beitritt in das Netzwerk einem Neun-Punkte-Programm zugestimmt wurde. Unter anderem heißt es darin, dass vor Austritt der Stadtrat darüber zu informieren und der Koordinator der Selbsthilfegruppen und auch der selbstorganisierten Projekte gehört werden muss. Ihr ist nicht bekannt, dass dies so umgesetzt wurde.

Frau Brederlow erklärte folgendes: Die Stadt Halle (Saale) ist 1991 mit dem Ziel beigetreten, bestimmte Transformationsprozesse und Initiativen / Selbsthilfegruppen abzusichern. Gerade im Bereich Prävention muss man zur Kenntnis nehmen, dass es sich hierbei um einen freiwilligen Zusammenschluss handelt. In Sachsen-Anhalt gibt es mittlerweile Gesetze, in verschiedenen Bereichen Netzwerke zu bilden, beispielsweise für den Kinderschutz. Es sollte darauf geachtet werden, die Netzwerkpartner nicht zu überfordern. Die Bereiche Sozialplanung und Altenhilfe sind zum Beispiel ebenso über Netzwerke abgedeckt.

Zur Befragung der Akteure sagte **Frau Brederlow**, dass sich kein Akteur an die Stadt gewandt hat und das Netzwerk an sich nicht mehr existent ist.

Frau Haupt wies darauf hin, dass die Kontaktstelle für Selbsthilfegruppen immer noch benannt ist. Diese Stelle leistet eine hervorragende Arbeit und ist weiterhin aktiv tätig.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Kündigung der Mitgliedschaft der Stadt Halle (Saale) im Gesunde Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland zum 31.03.2017 zu.

**zu 7.17 Erste Fortschreibung zur Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schulform Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2016/17 bis 2020/21 (Vorlage Nr. VI/2015/01129)
Vorlage: VI/2016/02523**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Erste Fortschreibung zur Feststellung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schulform Berufsbildende Schulen für die Schuljahre 2016/17 bis 2020/21 vom 24.02.2016 (Vorlage Nr. VI/2015/01129) wie folgt:

1. Die BbS III „Johann Christoph von Dreyhaupt“ zieht mit Beginn des Schuljahres 2017/18 (01.08.2017) um:
 - a) an den Standort Bugenhagenstraße 30 (Außenstelle), 06110 Halle (Saale) (Teilnutzung des Objektes des Berufsförderungswerkes Halle): Berufsbereich Ernährung und Hauswirtschaft sowie die Vollzeitbildungsgänge und
 - b) an den Standort Gutjahrstraße 1, 06108 Halle (Saale), (Hauptstandort, Haus 1) und Schulgebäude Oleariusstraße 7, 06108 Halle (Saale), (Hauptstandort Haus 2): Berufsbereich Wirtschaft und Verwaltung.
2. Der Berufsbereich Wirtschaft und Verwaltung und die Landesfachklassen der BbS III

„Johann Christoph von Dreyhaupt“ ziehen zum Schuljahr 2018/19 (01.08.2018) vom Standort Gutjahrstraße 1, 06108 Halle (Saale), an den zwischenzeitlichen Hauptstandort An der Schwimmhalle 5, 06122 Halle (Saale), um.

3. Die zwei Standorte An der Schwimmhalle 5, 06122 Halle (Saale) und Bugenhagenstraße 30, 06110 Halle (Saale) werden an dem neuen Hauptstandort Harzgeroder Straße 63/65, 06124 (Saale), zusammengeführt.
4. Hauptstandort der BbS V für Gesundheit, Körperpflege und Sozialpädagogik Halle wird ab Schuljahr 2018/19 (01.08.2018) die Klosterstraße 9, 06108 Halle (Saale).

Der Standort Universitätsring 21, 06108 Halle (Saale), bleibt weiterhin als zweiter Standort der BbS V Halle bestehen.

zu 7.18 Zustimmung zur Annahme von Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen **Vorlage: VI/2017/02824**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt gemäß § 99 Abs. 6 KVG LSA die Annahme von nachfolgenden Sponsoringvereinbarungen, Spenden und ähnlichen Zuwendungen

1. Änderung des Beschlusspunktes 2 der Stadtratsvorlage VI/2017/02741 vom 25.01.2017 bezüglich des Vereinsnamen Sportparadies e. V. Halle i. G. **in** Böllberger Sportgemeinschaft 185 Halle e. V., Böllberger Weg 185, 06110 Halle (Saale)
(PSP-Element 1.51108.06 - Fördermittelprogramm Stadtumbau)
2. Geldspende von der Apothekervereinigung Curadies GmbH & Co KG, Gottschedstraße 4, 04109 Leipzig in Höhe von 2.000 Euro als Unterstützung für Instrumentenanschaffungen im Konservatorium „Georg Friedrich Händel“
(PSP-Element 1.26301 - Konservatorium)
3. Geldspende des Vereins „Freunde der Stadtbibliothek e.V.“, Kreuzvorwerk 10, 06120 Halle (Saale) in Höhe von 5.000 Euro für die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen im Jahr 2017 in der Stadtbibliothek und in deren Zweigstellen
(PSP-Element 1.27201 - Stadtbibliothek)
4. Geldspende des Lions Clubhilfswerk – Halle August-Herrmann-Francke e. V., Mühlweg 16, 06114 Halle (Saale) in Höhe von 3.000 Euro für das Aufstellen einer überdachten Sitzmöglichkeit im Hofbereich der Grundschule am Kirchteich im Südpark
(PSP-Element 1.21101.23 – GS am Kirchteich)
5. Sachspende des Fördervereins der Grundschule Kanena/Reideburg e.V., Paul-Singer-Str. 32b, 06116 Halle (Saale) in Höhe von 3.500 Euro für einen Zaun mit Tor incl. Aufbau auf dem Schulgelände der Grundschule Kanena/Reideburg, Paul-Singer-Str. 32b, 06116 Halle (Saale) zum Schutz vor Vandalismus

(PSP-Element 1.21101.26 – GS Kanena/Reideburg)

6. Sachspende des Fördervereins der Grundschule Kanena/Reideburg e.V., Paul-Singer-Str. 32b, 06116 Halle (Saale) in Höhe von 1.500 Euro für den Ersatz eines beschädigten Spielgerätes (Klettergerüst) und dessen Aufbau auf dem Schulgelände der Grundschule Kanena/Reideburg, Paul-Singer-Str. 32b, 06116 Halle (Saale)
(PSP-Element 1.21101.26 – GS Kanena/Reideburg)
7. Änderung des Beschlusspunktes 4 der Stadtratsvorlage VI/2016/01894 vom 27.04.2016 zur Geldspende vom Peißnitzhaus e. V. in Höhe von 52.650,00 Euro (Einsatz als Eigenmittel beim Bauprojekt „Peißnitzhaus- Dach und Fassade“) **auf** 104.835,30 Euro (Einsatz als Eigenmittel für die Dach- und Fassadensanierung des Peißnitzhauses) im Rahmen des Förderprogrammes „Soziale Stadt Halle-Neustadt“ entsprechend der aktuellen Erklärung des Peißnitzhauses e. V.
(PSP-Element 8.51108041.705 – Fördermittelprogramm Soziale Stadt Halle-Neustadt)

zu 8 Wiedervorlage

zu 8.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verzicht auf Werbeträger an den Hausmannstürmen und dem Roten Turm
Vorlage: VI/2016/02407

zu 8.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verzicht auf Werbeträger an den Hausmannstürmen und dem Roten Turm
Vorlage: VI/2017/02821

Herr Dr. Fikentscher sagte, dass die Werbung nicht generell untersagt werden sollte, nur ein gewisses Maß und ein gewisser gestalterischer Anspruch und ein guter Grund für die Werbung dahinter stehen muss.

Herr Feigl sagte, dass der Rote Turm als Wahrzeichen und als beliebtes Fotoobjekt, in seiner Ursprungsform, werbefrei belassen werden sollte. Das neue Seilsystem verhindert keine Beschädigungen, die durch die Werbeplakate verursacht werden.

Frau Hinniger sprach sich im Namen ihrer Fraktion für die Werbefreiheit aus.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung des Änderungsantrages und Antrages.

zu 8.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verzicht auf Werbeträger an den Hausmannstürmen und dem Roten Turm
Vorlage: VI/2017/02821

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**
28 Ja-Stimmen
23 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

Beschluss:

1. Die Stadt als Eigentümerin des Roten Turms verzichtet grundsätzlich auf das Anbringen von Werbeträgern. Ausnahmen sind nur dann möglich, wenn die Werbung stadtbedeutsamen Charakter hat und ästhetisch angemessen gestaltet ist.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein gemeinsames Handeln mit der Marktgemeinde, im Sinne dieses grundsätzlichen Werbeverzichts, auch in Bezug auf die Marktkirche zu forcieren.

**zu 8.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Verzicht auf Werbeträger an den Hausmannstürmen und dem Roten Turm
Vorlage: VI/2016/02407**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadt als Eigentümerin des Roten Turms verzichtet grundsätzlich auf das Anbringen von Werbeträgern. Ausnahmen sind nur dann möglich, wenn die Werbung stadtbedeutsamen Charakter hat und ästhetisch angemessen gestaltet ist.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, ein gemeinsames Handeln mit der Marktgemeinde, im Sinne dieses grundsätzlichen Werbeverzichts, auch in Bezug auf die Marktkirche zu forcieren.

**zu 8.2 Antrag der Fraktionen MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, die LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Gründung eines künstlerischen Beirates und zur Änderung der Kulturförderrichtlinie
Vorlage: VI/2016/02516**

Frau Winkler erklärte im Namen der antragsstellenden Fraktionen, dass der Antrag zurückgezogen wird. Im Kulturausschuss gab es dazu kontroverse Diskussionen und dieser stellte letztendlich fest, dass er in der Lage ist die Mittelvergaben selbst zu beurteilen. Die Fraktionen behalten sich vor, dieses Verfahren ein Jahr lang zu beobachten.

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Gründung eines künstlerischen Beirates zur Ausreichung der im Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2017 mit der Vorlagennummer VI/2016/02496 in Beschlusspunkt 1 genannten Haushaltsmittel. Im Beirat sollen anerkannte Fachleute aus den Bereichen Bildende Kunst, Darstellende Künste, Literatur, Musik und neue Medien vertreten sein. Der Beirat sichtet alle Anträge zur Förderung von künstlerischen Vorhaben / Projekten und legt dem Kulturausschuss / dem Stadtrat eine Empfehlung zur Förderung zur Beschlusslage vor. Die Verwaltung wird beauftragt, eine Geschäftsordnung für den künstlerischen Beirat zu erarbeiten und die Organisation des Beirats sicherzustellen. Die Amtszeit für Mitglieder des Beirats wird auf drei Jahre begrenzt. Die Mitglieder des Beirats erhalten eine Aufwandsentschädigung.

2. In den Beirat werden folgende Personen entsandt:
N.N.
N.N.
N.N.
N.N.
N.N.
3. Die bestehende Richtlinie zur Förderung der Freien Kulturarbeit wird um die in Anhang 1 dargestellten Punkte geändert bzw. ergänzt.
4. Für das Jahr 2017 wird die Antragsfrist zur Förderung der Freien Szene auf den 15.01.2017 festgesetzt. Ab dem Jahr 2018 gelten die üblichen Antragsfristen lt. der Förderrichtlinie zur Förderung der Freien Kulturarbeit.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 9.1 Antrag der Fraktionen des Stadtrates Halle (Saale) zur Änderung der Stadtratsgeschäftsordnung Vorlage: VI/2017/02781

Auf Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Dr. Fikentscher

Ich übernehme die Sitzungsleitung und rufe die Punkte 9 auf. Zunächst 9.1, dabei handelt es sich um den Antrag der Fraktionen des Stadtrates zu Änderung der Stadtratsgeschäftsordnung. Ihnen liegen die Unterlagen vor.

Bitte, Herr Lange dazu.

Herr Lange

Herr Vorsitzender, Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren, mit diesem Beschluss möchten wir verschiedene Sachen erreichen. Zum einen möchten wir noch einmal klarstellen, was entsprechend zur Sitzung zu den Sitzungsunterlagen...zum Sitzungszeitpunkt zur Verfügung zu stellen ist, das ist das eine.

Zum anderen geht es darum, dass die Berichterstattungen und Präsentationen, die wir hier hin und wieder bekommen, die wir auch in den Ausschüssen zum Teil bekommen, ich sag dazu nur beispielweise wenn der Haushalt eingebracht wird, aber eben auch der Bericht des Oberbürgermeisters, wo wir in der letzten Sitzung erlebt haben, dass er es streitig stellt uns diesen Bericht zu kommen zu lassen, obwohl er eben zur Sitzung dazu gehört. Dass wir diese Präsentationen auch entsprechend zur Verfügung gestellt bekommen. Ich denke, das gehört zur Vollständigkeit einer Sitzung und dessen was hier gelaufen ist, in den Sitzungen entsprechend dazu.

Darauf zielt die Änderung der Geschäftsordnung und wir werden das dann entsprechend diskutieren, so der Oberbürgermeister das tatsächlich verweisen würde und ich denke hier, dadurch, dass das alle Fraktionen sind, gibt es auch große Einmütigkeit hier im Stadtrat, das so zu handhaben.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank, Herr Lange.

Bitte, Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Vielen Dank. Herr Lange hat schon vorweg genommen, ich verweise den Antrag zur Beratung in den Hauptausschuss.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank. Das ist verwiesen.
Bitte, Herr Krause dennoch.

Herr Krause

Herr Oberbürgermeister, ich möchte trotzdem noch eine kleine Bemerkung dazu machen. Sie, der Duktus sozusagen Ihrer Antwort ist ja im Grunde, dass dieser Antrag unzulässig wäre.

Nehmen Sie nur das Beispiel Ihres Berichtes im öffentlichen und nicht öffentlichen Teil, den Sie in der Stadtratssitzung immer halten. Das durften Ihre Vorgänger übrigens nicht, so einen Bericht halten. Das ist neu eingeführt worden mit der neuen Wahlperiode.

Es gibt aber einen weiteren Tagesordnungspunkt, der dann danach kommt, der nennt sich Aussprache. Und wir entscheiden wahlweise, ob wir diese Aussprache führen wollen oder nicht. Es macht schlechterdings einfach keinen Sinn eine Aussprache zu führen auf Themen, die uns präsentiert werden, wo wir auch nicht ansatzweise eine Chance haben uns vorzubereiten, wenn wir nicht wissen, welche Themen oder von welchen Themen berichtet wird und was berichtet wird. Das kann man dem Rat in einer angemessenen Frist vorher zur Verfügung stellen bzw. auch im Nachgang wenn man nochmal nachlesen will oder sich nochmal orientieren will, auch zur Verfügung stellen. Das ist einer zum Beispiel dieser Gründe, warum wir das möchten.

Sie hatten selber, als Sie Ihr Amt angetreten haben, gesagt, Sie wollen Transparenz und Sie wollen auch Weiterentwicklung. Wir wollen das auch und für uns ist das äußerst schwierig, also man kann spontan in eine Diskussion reingehen, aber es ist immer irgendwo unvorbereitet. Und es gibt wohl Sachverhalte die sich möglicherweise am Tag der Berichterstattung oder ein Tag vorher aktuell ganz anders gestalten, das ist damit auch nicht gemeint, dass da sich Dinge auch mal verändern können in der Berichterstattung. Aber vom Grundsätzlichen her wäre das außerordentlich sinnvoll, da eine bessere Verfahrensweise zu finden.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank, Herr Krause. Wir hören also, dass es im Hauptausschuss einiges zu diskutieren geben wird.

Abstimmungsergebnis: verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den Hauptausschuss

Beschlussvorschlag:

§ 1 Absatz 2 der „Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) und seine Ausschüsse“ wird geändert und erhält folgende Fassung:

§ 1 Abs.2 Einberufung, Einladung, Teilnahme

„Die für die Sitzungen des Stadtrates erforderlichen Unterlagen sind grundsätzlich beizufügen, wenn nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner dem entgegenstehen. Sollen Satzungen und Verordnungen, einschließlich Gebührenordnungen,

behandelt werden, sollen diese vollständig beigefügt werden. Verträge, Jahresabschlüsse und ähnlich komplexe Unterlagen, für die der Stadtrat zuständig ist, sind dem Stadtrat zum frühestmöglichen Zeitpunkt, unabhängig von der Beschlussvorlage, vorab zur Bearbeitung zuzuleiten. Tischvorlagen sind grundsätzlich unzulässig. **Berichterstattungen, Präsentationen und andere** Mitteilungen der Stadtverwaltung **zu allen Tagesordnungspunkten im öffentlichen und nicht öffentlichen Teil** sind in der Regel als schriftliche Informationsvorlagen **spätestens vor der Feststellung der Tagesordnung einer Sitzung vorzulegen und im elektronischen Ratsinformationssystem einzustellen.**“

zu 9.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM) zur Verabschiedung einer Resolution
Vorlage: VI/2017/02723

Herr Lange brachte den Antrag ein und begründete diesen.

Herr Senius ergänzte, dass aus Sicht des Stadtrates nicht akzeptiert wird, dass das Land Aufgaben nicht oder schlecht wahrnimmt und damit Zukunftslasten in die Kommune verlagert. Zudem wünschte er sich eine inhaltliche Bewertung durch die Stadtverwaltung.

Herr Schachtschneider führte an, dass diese Problematik nicht ein Problem einer kurzfristigen Resolution ist, sondern man sollte in einer guten Zusammenarbeit den besten Weg finden.

Frau Ranft sagte, dass an der Sekundarschule Kastanienallee der Ethikunterricht dauerhaft ausfällt und auch bei den Sprachklassen die Schulpflicht der meisten Schüler nicht erfüllt wird. Solche Missstände müssen aufgezeigt werden.

Herr Häder ergänzte, dass der Punkt in der Resolution als wichtig anzusehen ist, dass sich der Stadtrat und der Stadtschülerrat in der gemeinsamen Verantwortung sehen, an den derzeitigen Zuständen etwas zu ändern. Konstruktive Vorschläge wurden unterbreitet, damit sich die Unterrichtsversorgung schnell verbessert.

Herr Lange knüpfte an, dass es die Aufgabe des Stadtrates ist, deutlich zu machen, dass es Probleme gibt. Es besteht die Aufgabe, die Sorgen und Nöte der Bürger ernst zu nehmen, daher ist es wichtig eine Position im Stadtrat einzunehmen und auf die Missstände aufmerksam zu machen.

Herr Raue sagte, dass der Landesregierung aufgezeigt werden muss, dass die Versorgung mit Unterricht in den städtischen Schulen katastrophal ist und der Bildungsauftrag unter Umständen nicht erfüllt werden kann.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Herr Dr. Fikentscher** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Unterrichtsversorgung an den halleschen Schulen ist unzureichend und gefährdet in der jetzigen Form die Bildungserfolge der derzeitigen und zukünftigen SchülerInnen in Halle und in ganz Sachsen-Anhalt. Dies wird in langfristiger Perspektive zur Belastung für die Kommunen im Land.

Das Thema hat in den vergangenen Wochen und Monaten seinen Widerhall in der Öffentlichkeit sowie bei den LehrerInnen, den SchülerInnen und bei deren Eltern gefunden.

Vor diesem Hintergrund fordern wir die Landesregierung auf:

- Die Unterrichtsversorgung an allen halleschen Schulen ist kurzfristig deutlich zu verbessern sowie mittel- bis langfristig vollumfänglich und nachhaltig sicherzustellen.
- Freie und frei werdende Stellen sind unverzüglich und vollumfänglich wieder zu besetzen. Die derzeitige Situation ist umgehend in Vorbereitung der anstehenden Halb- bzw. Schuljahre zu verbessern.
- Mittel- bis langfristig müssen die notwendigen Schritte zur Ausbildung einer ausreichenden Zahl von StudentInnen und zum Verbleib der neu ausgebildeten LehrerInnen im Land eingeleitet werden. Der Ausschreibungsprozess der zu besetzenden Stellen soll in Kooperation mit dem Zentrum für Lehrerbildung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg optimiert und gegebenenfalls vereinfacht werden.
- Die Beschäftigungsbedingungen für LehrerInnen müssen so attraktiv wie möglich gestaltet werden.
- Es müssen ausreichend und bedarfsgerecht (fächerbezogen) Referendariatsstellen dauerhaft zur Verfügung gestellt werden. ReferendarInnen, die sich an ihrer Ausbildungsschule bewerben, sollen bei der Auswahl besonders berücksichtigt werden.
- Die für die angemessene Betreuung der SchülerInnen notwendige Zahl von pädagogischen MitarbeiterInnen sowie die flächendeckende Einführung von Schulsozialarbeit ist nachhaltig sicherzustellen und die zuletzt vorgenommenen Einschnitte sind rückgängig zu machen.
- Die zum 31.12.2016 nicht weiter beschäftigten Sprachlehrkräfte an den halleschen Schulen sind nach Abstimmung mit den SchulleiterInnen zeitnah wieder einzustellen, um die Integration der betreffenden SchülerInnen zu ermöglichen.
- Die Ganztagschulkonzepte des Neuen Städtischen Gymnasiums und der 2. Integrierten Gesamtschule in Halle (Saale) sind nachhaltig anzuerkennen und die nötigen Ressourcen zur Umsetzung sind dauerhaft zur Verfügung zu stellen.
- Im Lehramtsstudium muss die Didaktikausbildung eine tragende Rolle spielen. Zudem sollten im Studium medien- und inklusionspädagogische Inhalte vermittelt werden.

**zu 9.3 Antrag der Fraktionen DIE LINKE, CDU/FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD zum Anbau einer Aula für die Zweite Integrierte Gesamtschule Halle
Vorlage: VI/2017/02780**

Auf Antrag des Oberbürgermeisters, der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale), der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) wurde zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll erstellt.

Herr Dr. Fikentscher

Wer möchte dazu sprechen? Bitte Herr Lange.

Herr Lange

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dass das nochmal soweit kommt, dass es einen klaren Beschluss des Stadtrates gibt im Haushalt Geld ein zustellen, damit wir ein Schulbau endlich mal so komplett fertig stellen wie es notwendig ist und die Stadtverwaltung jetzt sagt,

nö machen wir nicht, dass finde ich, ist ein unglaublicher Vorgang in dieser Stadt. Und ich finde, das ist ein Vorgang den man mit aller Entschiedenheit zurückweisen muss.

Ist lange diskutiert wurden, dass wir eine Aula an dieser Schule brauchen, dass das zum Schulkonzept dazu gehört, dass wir eigentlich bei den Typ Erfurt Schulen überall auch darüber nachdenken müssen, wie bekommen wir denn das hin, dass die Schülerinnen und Schüler ihre Abschlussveranstaltung dort machen können. Auch mal als Schule zusammenkommen können. Wir haben das an vielen anderen Schulen auch diskutiert.

Bis dahin, dass die Schule sagt, natürlich ist das auch ein Mehrwert für das gesamte Stadtgebiet, wir können dort eine Mehrfachnutzung machen, wir können dafür sorgen, dass auch die Grundschulen dann entsprechend dieses Gebäude mit nutzen können, wir können dafür sorgen, dass dort Veranstaltungen für das ganze Stadtgebiet dort stattfinden können.

Das haben wir im Haushalt diskutiert, dafür ist entsprechend Geld eingestellt worden und dieses Jungteam, dass dieses Geld nur eingestellt ist, indem entsprechend etwas verkauft wird in dieser Stadt, dieses Jungteam existiert nur für die Stadtverwaltung im Vollzug des Haushalts. Es existiert nicht in den Beschlüssen des Haushalts.

Und da der OB ja schon den Lehrern dort also der Schulleiterin und dem Elternvertreter gesagt hat, dass er sich zwar freut, wenn der Stadtrat das Geld einstellt in den Haushalt, das kann man mittlerweile nachlesen, dass er das so geäußert hat. Und dass er aber gar nicht daran denkt, dass dort diese Aula gebaut wird, sondern dass das Geld dann für etwas anderes verwendet werden kann. Das zeigt, dass dieser Prozess von Anfang an so geplant ist. Und ich halte das für einen extremen Affront gegenüber dem Stadtrat. Der OB zeigt die Grenzen der Demokratie an der Stelle und ich halte es für einen Affront gegenüber denjenigen die an dieser Schule lehren und lernen und den Eltern. Denn sie haben sich hier für etwas eingesetzt, der Stadtrat hat gesagt, er stimmt dem zu und sieht die Notwendigkeit. Es ist also insofern ein Schlag ins Gesicht alle derjenigen, die sich hier für diesen Beschluss eingesetzt haben.

Für meine Fraktion kann ich ansagen, dass wir einer Planung für diese Schule nicht zustimmen werden, wenn nichtentsprechend das Aulagebäude mitberücksichtigt ist, wohlwissend, dass der OB dieses wird um insgesamt die Sanierung der Schule dann zu blockieren.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank Herr Lange. Nun bitte Frau Ranft, dann Herr Senius.

Frau Ranft

Auch wir finden diese Vorgänge total unfassbar und ich möchte den Oberbürgermeister daran erinnern, dass es einen Änderungsantrag war, den wir nicht abgestimmt haben, sondern den sie übernommen haben. Und es gibt keine Zweckbindung bei Grundstücksverkäufen und es gibt kein Tandem von Verkauf und Investition, deshalb, sondern wir haben den Haushalt beschlossen und wir befinden uns im Haushaltsvollzug, so nenne ich das mal und wir erwarten, dass das umgesetzt wird, was wir beschlossen haben. Soweit wie die Linke so sind wir noch nicht abgestimmt. Finden wir aber eine interessante Herangehensweise, da werden wir uns mal auf der Fraktionssitzung auseinandersetzen, wie wir damit umgehen werden, aber auch wir stehen ganz klar für die Planung der zweiten IGS mit der Aula.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank Frau Ranft, nun bitte Herr Senius und dann Herr Schachtschneider.

Herr Senius

Zweite IGS braucht eine Aula und ich glaube sie wird eine Aula bekommen. Die Verwaltung begründet die Ablehnung im wesentlichen ja auf, mit drei Punkten. Zum einen wird ausgeführt, dass eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung nicht vorliegt, das verstehe ich überhaupt nicht, dass ist ein Umstand, den die Verwaltung jederzeit herbeiführen kann. Man muss halt dann eine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung anstellen und durchführen.

Es wird in der Begründung der Verwaltung gedroht, angedeutet, dass mit einer Freigabe von Planungsmitteln solange gewartet wird und der Gesamtplanungsprozess gestoppt wird und damit die Fertigstellung 18,19 ausgeschlossen ist. Ich verstehe es nicht, wenn es der Verwaltung ernst ist mit einer Aula in der zweiten IGS, dass dann nicht im bestehenden Haushalt Lösungsansätze gesucht werden. Das wäre Aufgabe der Verwaltung, die Planungskosten entsprechend dem Stadtratsbeschluss herbei zu führen.

Und es wird auch ausgeführt, es liege ja überhaupt kein Schulkonzept vor. Die Schulleiterin hat sehr überzeugend im Ausschuss ausgeführt, wie sie die Aula nutzt und warum sie die Aula braucht. Und ich halte es für nicht redlich, jetzt auf ein fehlendes Schulkonzept zu verweisen, wenn die Schule eigentlich bei der Frage, ob sie jetzt eine Aula bekommt oder keine Aula bekommt im Unklaren gehalten wird. Und jeder weiß, ein Schulkonzept mit Aula kann ein bisschen anders ausschauen, wie ein Schulkonzept ohne Aula.

Mir geht's wie meinen Vorrednern, ich fühle mich in dem ganzen Verfahren auch ein bisschen hinter die Fichte geführt. Weil wir letztendlich im Rahmen des Haushalts einen Finanzierungsvorschlag gemacht haben, der darauf abzielte, Investitionskredite in Anspruch zu nehmen. Jetzt wurde das im, von Seiten der Verwaltung geändert und man hat als Finanzierungsgrundlage letztendlich den Grundstücksverkauf angeboten und dieser Grundstücksverkauf soll jetzt im Endeffekt den Aula Bau ins Unwagnis führen und das halte ich für keinen fairen Umgang miteinander.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank Herr Senius, nun bitte Herr Schachtschneider und dann Herr Wolter.

Herr Schachtschneider

Ich möchte jetzt mal versuchen, vielleicht nicht diese Angriffsstrategie und Schuldzuweisung. Ich möchte mal vielleicht versuchen zu erklären, warum eine Schule eine Aula braucht. Als die Menschen sich vor 100 Jahren Gedanken gemacht haben, wie sieht eine Schule aus, von der Volksschule bis zum Gymnasium hatte jedes alte Schulgebäude meistens in den oberen Stockwerken, manchmal auch in der Mitte, eine Aula. Man hat damals schon gewusst, dass eine Aula etwas ist, was eine Schule wirklich braucht. Sei es für die Prüfungen, sei es für große Veranstaltungen, sei es für Zusammenkünfte größerer Art. Und jetzt haben wir die II. IGS und nicht bloß die, ich denke wir werden auch irgendwann über andere Schulen reden müssen, die jetzt saniert werden soll.

Ich persönlich war nicht unbedingt der größte Freund, dass dort die II IGS oder überhaupt noch ein IGS entsteht, die Eltern haben sich anders entschieden, das akzeptiere ich und ich denke, wenn wir Geld anfassen wäre es wirklich nur vernünftig, dort auch eine Aula einzubauen, anzubauen oder daneben zu bauen. Also ich hab jetzt ein paar Vorstellungen aber wie gesagt, dass würde ich jetzt nicht so weit bringen.

Wozu braucht eine Schule diese Aula? Wer diesen Schultyp kennt, ist so etwas in der DDR mal vorgesehen, man macht zwei Räume durch eine Verbindungstür macht man die auf. Dieser Raum darf glaube ich nach Brandschutzsachen 100 Leute maximal beinhalten. Da gibt es zwei kleine Türen, die könnte man vielleicht etwas erweitern und dann gibt es die Treppenaufgänge. Ne Schule die ungefähr dann vielleicht auf 800 bis 1000 Schüler aufwächst, welche Veranstaltung will ich dort machen mit nur 100 Personen? Will ich da Etappenveranstaltung machen, Dinge die im Schulkonzept beinhaltet, also wo ich größere

Veranstaltungen plane die braucht auch mehr Raum, also das heißt es geht mit den vorhandenen Möglichkeiten eigentlich nicht. Deshalb braucht es etwas spezielles, gerade für diesen Schultyp Erfurt.

Und die zweite Sache die der Herr Lange ansprach, es gibt in der Nähe auch keinerlei Versammlungsorte und ich weiß nicht, ob die Turnhalle immer der Versammlungsort ist, wenn die auch hergerichtet ist, das ist ja auch mühevoll und ich denke da könnte man Synergien knüpfen. Man müsste über die Finanzierung reden, man müsste auch über das Volumen reden und Luxus das vielleicht auch nochmal dahin gestellt, wünscht sich weder die Schule noch wir, sondern etwas funktionstüchtiges was zeitgemäß ist und was auch in das Konzept und an die Schule ran passt.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank Herr Schachtschneider und nun bitte Herr Wolter.

Herr Wolter

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Herr Vorsitzender, wie Sie vielleicht feststellen konnten, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir dem Antrag nicht beigetreten und das sehr wohl aus dem Grund, dass wir diesen Antrag nicht mitstellen wollen. Und insofern auch diesen Antrag, sag ich mal, nicht den Beigeschmack geben von der OB oder die Verwaltung setzt Beschlüsse nicht um. Das ist nicht unsere Auffassung und ich kann auch das Szenario nur teilweise nachvollziehen, das hier quasi so mehrfach also hoch gekocht ist im Sinne von, hier werden einzelne oder der gesamte Stadtrat hinter irgendwelche Baumarten geführt, egal welche.

Wir sind in der Diskussion auch so gewesen, dass wir das inhaltlich absolut auch mit gefordert hatten, wir haben den Antrag ja mit herbei diskutiert den Änderungsantrag zum Haushalt, dazu stehen wir auch also das ist für uns inhaltlich auch genau diese inhaltliche Beschreibung, Herr Schachtschneider, die Sie gerade gegeben haben, für mich persönlich sowieso, im Sinne von auch darstellendes Spielen in der Schule, notwendig Versammlungsräume, aber die Frage, die jetzt im Vollzug ist und das muss man einfach auf die Sachebene bitte runter brechen, ist Prioritätenabwägung auch im Vollzug von Baumaßnahmen, auch im Vollzug von Planungsleistungen und jetzt sag ich mal, find ich es angesichts der ganzen Konflikte, die wir hier zwischen Verwaltung und Stadtrat durchführen, muss man vielleicht auch mal ein bisschen drauf gucken. Und nochmal sagen, ist jetzt die Situation, ist das nachvollziehbar was hier geschildert wird von der Verwaltung und was stellt die Verwaltung als Lösungsansätze vor.

Weil das finde ich einen richtigen Ansatz zu sagen, wir haben hier ein Ziel und in Ihrem Antrag ist auch nicht beschrieben, wann dieses Ziel umgesetzt wird, weil ich kann die Planung mit rein nehmen, ob das dann umgesetzt wird oder später nachgeholt wird. Ich finde diese Aussage von der Verwaltung richtig und für mich auch nachvollziehbar zu sagen, wir haben hier Planungsleistungen beauftragt, die Planungen haben begonnen, wenn wir jetzt in diese laufenden Verfahren rein gehen gefährden wir. Da können jetzt die Fachleute sagen, nee das kriegen wir sofort hin, das ist kein Problem, man kann da nochmal sozusagen bestimmte Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen machen, trotzdem würde ich erstmal so ansetzen und sagen, nehmen wir das erstmal ernst. Ich glaube das ist notwendig. Erstens.

Und zweitens die Frage, ob im Sinne der Dringlichkeit in bestimmten anderen Schulen das eine Abwägung ist, was wir nacheinander umsetzen, das sollte auch gemeinsam im Interesse sein, das ist zumindest unsere Haltung unserer Fraktion. Das ist für mich jetzt nicht, das was weiß ich, das herauf rufen des Misstrauens ist, sondern das man hier eine Sachdiskussion führt wir erreichen wir gesamtstädtisch in der Schulsituation das Beste für alle Schüler und für alle Schul- auch Neubauten.

Insofern würde ich vielleicht den Herrn Oberbürgermeister oder Frau Brederlow bitten nochmal Aussagen zu machen, wie kann man das Ziel, das wir hier gemeinsam beschlossen haben, Aula Bau perspektivisch umsetzen, das würde ich gerne wissen um vielleicht auch dann entscheiden zu können, wie dann die Fraktionen vielleicht dann mit dem Antrag umgehen.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank Herr Wolter, noch einmal Herr Lange bitte, nein hat sich erledigt. Frau Brederlow bitte.

Frau Brederlow

Also zum einen Danke ich für die Klarstellung. Es ist nicht so, dass die Verwaltung gegen den Aula Bau ist und wenn Sie unsere Ablehnung oder Empfehlung richtig gelesen haben, geht es hier tatsächlich um den zeitlichen Zusammenhang mit der Sanierung.

Da sehen wir tatsächlich die Probleme, dass jetzt zusammen zu führen zu dem Zeitpunkt. Weil eben andere Projekte, die ja tatsächlich auch finanziert werden müssen, also wir haben es im Haushaltsplan drin, aber wir müssen natürlich auch die tatsächliche Finanzierung der Schulbauten sicherstellen, andere Projekte momentan schon weiter sind und dann tatsächlich auch in diesem Jahr umgesetzt werden müssen und ich sag mal noch eins. Sie haben eben eine Resolution beschlossen, dass Sie den genügend Lehrer haben wollen um den Unterricht umzusetzen. Wir werden irgendwann nicht mehr genügend Räume haben um Unterricht umzusetzen, wenn wir nicht die Brandschutzsanierung endlich voran bringen. Das ist ein eindeutiger Faktor und das wissen Sie auch.

Also wir haben hier ein riesen Problem, deswegen sagen wir den zeitlichen Zusammenhang das jetzt in die Planung mit ein zu bringen und das sehen Sie auch in der Begründung, die wir zu dieser Ablehnung mitgegeben haben und zwar in diesem vierten Absatz, diese Aula zu einem späteren Zeitpunkt, wo die Planung ja tatsächlich Ende des Jahres starten kann, also das ist ja nicht die Frage, aber die Haushaltsmittel müssen dann tatsächlich auch erst als bare Mittel zur Verfügung stehen. Das lehnen wir überhaupt nicht ab, sondern sehen auch, dass die Aula notwendig ist und ich sag mal noch einen Punkt dazu, Sie sagen das jetzt hier für die II. IGS und die Begründung haben wir ja jetzt alle hier so schön gehört, irgendwann finden Prüfungen statt, man muss Versammlungen machen und, und, und, wir reden hier von einer aufwachsenden Schule, die hat jetzt zwei Schuljahrgänge, die bekommt jetzt den dritten Schuljahrgang im nächsten Schuljahr. Die ersten Prüfungen finden 3 Jahre später statt, das ist der erste Fakt. Wenn es darum geht, Versammlungsräume in der Nähe zu nutzen, so gibt es in der Nähe, vielleicht nicht unmittelbare Nähe, aber doch in der Nähe durchaus auch andere Objekte, die mit genutzt werden können. Mir ist zum Beispiel die Aula im Hort Kinderpark ein Objekt, was man aktuell von der Schule aus mit nutzen könnte.

Und zum Thema Schulkonzept, ein Schulkonzept was eine Aula mit beinhaltet ist mir aus der Gesamtkonferenz nicht bekannt. Also das muss man auch nochmal ganz deutlich sagen, das müsste dann auch von der Gesamtkonferenz beschlossen werden. Es gibt also verschiedene Gründe zu sagen, dass man das im Moment nicht als hohe Priorität hier in diesem Zusammenhang mit der aktuellen Planung der Sanierung der Schule sehen muss. Diesen Zwang sehen wir als Verwaltung nicht.

Herr Dr. Fikentscher

Herr Lange, halten Sie Ihre Wortmeldung aufrecht? Gut. Bitte dann Herr Wolter, Ihre Frage.

Herr Wolter

Ja, danke für die Klarstellung. Das kam jetzt so aus der Antwort, insofern kann ich die Einlassung von meinen Kolleginnen und Kollegen auch verstehen, nicht so raus. Also finde ich gut, wenn Sie das nochmal so klarstellen, dass die Verwaltung das auch will, das meine

ich damit. Und für mich wäre nochmal interessant eine genaue Zeitplanung, einen Vorschlag oder ich sag mal auch im Sinne des Begehrens des Antragstellers, können Sie da eine Klarstellung vor der Zeitplanung, von der Zeitschiene, wenn Sie sagen Ende des Jahres gehen die Planungen los, wenn ich das jetzt so verstanden, das würde ja dann eine spätere Einbindung mit Bauzeit auch bedeuten.

Frau Brederlow

Also klar ist, wenn der Beschluss heute hier so durchgeht wie er aktuell ist, werden die Planung für die Sanierung der Schule sofort gestoppt. Weil dann müssen wir es natürlich völlig neu auch in die Planung bringen, dass ist also das eine. Das Andere ist, dass momentan die tatsächlichen Mittel, die wir ja auch planen müssen, wir müssen es ja irgendwann bezahlen, die müssen zur Verfügung stehen und ein Teil der Schulbausanierung ist nun mal mit refinanziert, refinanziert über Verkäufe, wo ich davon ausgehe, dass die frühestens Ende des Jahres tatsächlich realisiert sind. Und von der Priorität her sehe ich diese Aula tatsächlich auch nicht so hoch angesetzt, dass man die ersten Verkäufe gleich dafür nutzen muss um die Aula zu bauen. Die Begründung habe ich ja auch gerade gebracht, es ist eine aufwachsende Schule, die hohe Schülerzahl ist momentan auch noch nicht da.

Herr Dr. Fikentscher

Nun bitte Herr Lange

Herr Lange

Vielen Dank Herr Vorsitzender. Wir haben doch da folgendes Problem bei der Sache. Wir, die Schule wird jetzt beplant, so weit schon relativ fortgeschritten und dort sind Räume geplant, das ist uns ja auch schon dargestellt worden in der Antwort, die als Aula genutzt werden sollen. So ist zurzeit die Planung. Wenn wir uns hier einigen sind, dass es dort ein Anbau geben soll, der eine Mehrfachnutzung hat beispielsweise auch für die Essensversorgung nutzbar ist, das macht Sinn, wenn man so ein großes Anbau an der Stelle hat, dann muss ich das gesamte Gebäude anders planen, auch wo kommt was hin für die Küche und so weiter und sofort. Damit jetzt zweimal anzufangen, am Jahresanfang und am Jahresende dann vielleicht eine Neuplanung für eine Aula zu machen, das ist doch der Prozess den wir hier an der Stelle verhindern wollen. Sondern wir möchten, dass wenn die Schule einmal angefasst wird und einmal ordentlich beplant wird, dass dann entsprechend das auch von Anfang an so auf die Füße gestellt wird, dass tatsächlich ein komplettes gutes neues Schulgebäude entstehen kann.

Das ist Ziel des Ganzen und jetzt kann man das so hören was Frau Brederlow gesagt hat und man kann es so hören. Ich habe es so gehört, dass das für die Stadt überhaupt keine Priorität hat. Und wenn ich weiß, wie lange wir brauchen um sämtliche Brandschutzmaßnahmen ähnliches zu machen, dann ist da auch in drei Jahren nix mit einer Aula oder in fünf Jahren nix oder in zehn, weil dann kommt das nächste was irgendwie wichtiger sein könnte. Und genau das möchte ich verhindern, ich möchte, dass wenn wir jetzt einmal eigenes städtisches Geld anfassen und das machen wir, an der II. IGS, dass wir dann auch den Bau so machen, dass die Schule ihn so komplett nutzen kann und so in ihr Konzept mit einbauen kann, dass es eben wirklich ein vorzeigbarer sehr guter neuer Schulbau ist.

Herr Dr. Fikentscher

Schönen Dank Herr Lange. Weitere Wortmeldungen? Herr Schachtschneider bitte.

Herr Schachtschneider

Vielleicht noch einen Vorschlag zur Güte. Also wenn wir jetzt über Planungsleistungen hin- und hersprechen, ich denke mal das favorisierte Modell wird ein Anbau sein, weil oben drauf oder irgendwo direkt dran wird es nicht geben. Und wir hatten damals in der Diskussion

TMG, da ging es um die Essensversorgung, da gab es so ein Modell, ich glaube es war Naumburg, es war eine Leichtbauhalle die unter einer halben Million damals lag, wenn man sich da jetzt einigen könnte. Wir machen Planungsleistungen für ein evtl. daneben stehenden Bau, da geht es ja eigentlich nur um Energiezufuhr und Wasser, Abwasser und so was, ohne das man jetzt sagen müsste direkter Anbau.

Man könnte vielleicht eine Zuwegung überdacht noch mit planen, aber das wär ein relativ geringer Eingriff in die Planungsleistung und der würde alles offen halten und sobald das Geld da ist, könnte man mit der Planung natürlich sofort agieren. Wäre das ein Vorschlag, wo die Verwaltung sagen könnte, das könnte eine Möglichkeit sein zum Vollzug.

Herr Dr. Fikentscher

Bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das wäre eine Möglichkeit. Nur wir müssen es ja planen. Ich möchte noch richtig stellen, dass die Aussagen von Herrn Lange sind sachlich falsch. Als die Schulleitung beim OB gewesen ist und mit den Planern darüber gesprochen hat, ist deutlich gesagt worden, dass ein pädagogisches Konzept beschlossen sein muss, so wie es eben Frau Brederlow auch gesagt hat. Das ist über 3 /4 Monate her. Wir haben jetzt gerade nochmal aktuell nachgefragt, es gibt kein aktuell vorliegendes schriftliches Konzept. Das kennen wir nicht und von daher ist da nochmal die Bitte, das ist natürlich eine Voraussetzung zu sagen, damit wir mit allen anderen Schulen gleich behandeln. Und das bedeutet natürlich auch, dass wir alle anderen Schulen auch fragen müssen, verständlicherweise, ob sie möglicherweise im Rahmen der Renovierung eine zusätzliche Aula wünschen. Und das würde ich natürlich auch ganz gern vorher durchführen.

Wenn uns das gelänge, dann können wir, da bin ich bei Herrn Schachtschneider, relativ zügig versuchen umzuplanen.

Wir haben jetzt Aussagen von den Planern, dass wenn man jetzt mit der Umplanung begänne, dann würde das bedeuten, dass wir mindestens ein halbes Jahr verlieren und das ist die Umplanung, das sind die Aussagen, die wir von den Planern bekommen haben.

Sie können, und das muss man auch deutlich sagen, wenn man sich die Haushaltsberatung den letzten Beschluss ansieht, da sind Sie in der letzten Sitzung gekommen und Sie möchten eine Aula für eine Schule haben und das ist genau der Punkt: Eine Aufnahme in den Haushalt ist nur dann möglich, ich hatte es Ihnen ja auch hinein geschrieben, wenn vorher, bevor etwas in den Haushalt kommt, sämtliche Prüfungen, die ich eben auch genannt habe, ein Konzept vorliegt. Ein Wirtschaftlichkeitsvergleich, nur dann können wir was in den Haushalt aufnehmen.

Ich versuche das jetzt im Sinne von Herrn Schachtschneider alles komplett zu heilen, indem wir das nachholen. Aber momentan liegt ein klarer Haushaltsverstoß vor. Und das brauchen wir vorher, bevor wir das in den Haushalt aufnehmen, da müssen sich alle im Klaren sein und alle Schulen müssen die gleichen Chancen haben. Sie können nicht eine Schule, sagen wir, bauen da eine Aula hin ohne mit den anderen Schulen gesprochen zu haben, ob sie nicht auch eine Aula haben möchten und von daher fehlt natürlich hier auch deutlich das pädagogische Konzept. Wir haben mehrfach dieses Konzept angefordert und einfach auf Zuruf zu sagen, jetzt mach ich mal eine Aula, nur weil es in der Schulleitung und so schön auch diskutiert wurde, ist das rechtlich nicht zulässig.

Der Vorschlag ist also ganz konkret, dass wir das schnellstmöglich einholen, das Landesverwaltungsamt muss dieses pädagogische Konzept auch noch bewerten und dann bedeutet das, dass wir unverzüglich mit der Planung beginnen. Wenn Sie diesen Beschluss

so fassen, wie Sie ihn heute vorliegen haben, dann können wir dem so nicht zu stimmen. Ich bin aber bereit, im Sinne von Herrn Schachtschneider zu handeln und das ist auch die Linie, dass wir das so schnell wie möglich planungsrechtlich über die Bühne bekommen und das sind die Kriterien und die Voraussetzungen, die Sie auch einhalten und einhalten müssen, denn ansonsten verhalten wir uns rechtswidrig und in diesem Projekt, zusätzlich einer Schule eine Aula zu genehmigen, ohne mit den anderen Schulen diskutiert und das besprochen zu haben, das ist momentan problematisch.

Und Sie haben auf Zuruf gehandelt, wir haben keine Wirtschaftlichkeitsvoraussetzungen gehabt, die es uns ermöglichen und ermächtigen, dass wir diesen Haushaltsansatz auch so vornehmen. Wie gesagt, wir sollten jetzt versuchen, so schnell wie möglich diese Dinge, die ich eben genannt habe, einzuholen und dann können sofort auch die Planungen starten. Da bin ich auch gern bereit, sofort unverzüglich mitzuhelfen, aber ohne diese Kriterien ist das rechtlich nicht zulässig.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Die Debatte geht weiter. Wir haben noch drei Wortmeldungen, zunächst Herr Meerheim bitte.

Herr Dr. Meerheim

Ja sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr verehrter Herr Kollege Wolter, lieber Tom, wenn du jetzt immer noch glaubst, dass die Verwaltung den Anbau möchte, nach der Rede des Oberbürgermeisters, ich weiß nicht, was du dann gehört hast, was du dann zur Kenntnis genommen hast. Diese Aussage, die er jetzt getroffen hat, war sehr, sehr eindeutig, er hat dann nochmal einen Rückzieher gemacht in Richtung Herrn Schachtschneider. Das was Herr Schachtschneider hier vorgetragen hat, ist jederzeit möglich. Was haben wir denn beschlossen? Wir haben 100.000 € für Planungsleistungen im Jahre 2017 beschlossen und wir hatten 800.000 € eingestellt, nicht für Planung, sondern für Hochbaumaßnahmen. Auszahlungsbetrag für das Jahr 2018. Und es gibt keine Bindung im Haushalt, es gibt kein Jungteam zwischen Verkauf von Grundstücken und irgendwelchen Investitionsmaßnahmen egal welchen Bereiches. Den gibt es nicht. Das einzige Jungteam was es gibt, für den Schulbau, das auch in Haushalt abgebildet ist, ist STARK III. Da sind konkrete Auszahlungsbeträge drin und da sind konkrete Einzahlungsbeträge drin. Zumindestens geplante, weil wir ja noch nicht wissen, ob wir die tatsächlich auch erhalten. Alles andere ist offen und zwar quer Beet durch den Haushalt.

Wir haben Auszahlungen für Investitionen in Größenordnungen und zwar von 106 Millionen Euro, freie Mittel, also eigene Mittel sind knapp 38 Millionen Euro. Davon, so die Ausführungen des Kämmerers, im Haushaltplanentwurf sind 13,5 Millionen vorgesehen für... Ach nein Entschuldigung, Kreditaufnahme kommt ja noch dazu. Davon sind 13,5 Millionen vorgesehen für den Schulneubau, für Brandschutz und für Kita. Für Kita sind knapp 7,7 Millionen und etwa 18,9 oder so was oder 19 sind für Schulneubau bzw. Schulersatzinvestitionen und den Brandschutz vorgesehen. Brandschutz sind 1,4 Millionen. Wir bräuchten wesentlich mehr dafür, da gebe ich Ihnen Recht Frau Brederlow, dass das dringliche Priorität hat.

Aber wenn, und das ist eben das Bemerkenswerte, an diesen...wenn wir uns heute hier darüber unterhalten müssen, dass ein Stadtratsbeschluss, der im Rahmen der Haushaltsberatung gefasst wurde, noch mal verstärkt wird und dass die Verwaltung aufgefordert wird den umzusetzen. Das ist doch irgendwo hirnrissig. Machen wir das demnächst bei jedem Stadtratsbeschluss?

In der Neujahrsveranstaltung, da hat sich der Oberbürgermeister hier hingestellt vor den jungen Menschen, die am Kinder- und Jugendparlament teilgenommen haben und hat genau die Aussagen getroffen, die er lange von seinem Statement hier abgegeben hat. Nämlich zu

sagen, es interessiert mich alles nicht, was der Stadtrat beschlossen hat. Ich bin für andere Maßnahmen, die Aula wird nicht kommen. Na hallo, wo leben wir denn? Das ist ein Monat nachdem wir den Haushalt gemeinsam mit ihm, mit dieser Maßnahme beschlossen haben. Und das kann nach meiner Meinung nach nicht sein und das jedes Mal durch einen erneuten wiederholenden Beschluss, der die Verwaltung darauf hinweist, dass sie gefälligst die Beschlüsse des Stadtrates umzusetzen hat, zu heilen, das finde ich nicht gut, das ist kein vernünftiger Umgang zwischen Verwaltung und dem Stadtrat. Wir wollen uns doch beide gegenseitig ernst nehmen. Wenn das aber an der Stelle nicht funktioniert, dann ist es einfach verlorene Zeit.

Und der Stadtrat hat sich doch nun mal ziemlich eindeutig geäußert diesbezüglich. Und an den 100.000 Euro wird es doch nicht kränken. Und Herr Lange hat doch durchaus Recht, wenn er sagt, wenn wir jetzt die Planung nicht anhalten, dann wird so geplant wie das Planungsbüro das vorsieht. Und das sieht eben vor, so ein kleinen Raum da oben. Und dann wird die Stadtverwaltung mitnichten nochmal kommen und sagen und in drei Jahren bauen wir dann die Aula. Nein, da haben wir eine kleine da, für 100 Leute. Wenn dann überhaupt so viele da reinpassen.

Also muss ich die sowieso anhalten, wenn die Verwaltung sagt, sie möchte den Anbau, dann muss sie auch die jetzt laufenden Planungen, wenn sie denn tatsächlich schon so weit gediehen sind, anhalten um ehrlicherweise ihren Wunsch dort mit aufzunehmen. Und wenn sie einmal da dabei sind da um zu planen, dann können sie auch gleich richtig planen und da ist dann der Vorschlag von Herrn Schachtschneider, jeder, wir haben ja nicht vorgeschrieben wie die Aula aussehen soll. Ob sie zweistöckig, 10 m hoch ist oder 4 oder 5 m und mit welchen dicken Mauern und was weiß ich was da alles drin...Das ist, steht alles nicht in dem Antrag den wir gemeinsam beschlossen haben, sondern da steht, wird erstmal 100.000 geplant für Planungsleistungen und 800.000 maximal für Hochbaumaßnahmen. Die müssen Sie nicht alle ausgeben. Das ist doch mal Fakt.

Und noch was, wenn Sie sich wirklich ernsthaft mit der Schule mal an einen Tisch gesetzt hätten, hätten Sie vielleicht erfahren, dass es dort auch schon Ideen und Wünsche und Vorschläge gibt für diesen Anbau, getragen durch entsprechende Projektentwicklungen externer Architekturbüros. Vielleicht beschäftigen Sie sich, könnten den Plan vielleicht auch übernehmen, da gibt es vielleicht sogar schon Kostenschätzungen. Ich weiß, dass die Stadtverwaltung das immer selber machen muss und in dem Falle ja dafür schon einen Architektenbüro bzw. ein begleitendes Büro beauftragt hat. Aber vielleicht kann man da mal nachlesen und sich Hilfe holen. Und da gibt es durchaus unterschiedliche Preisvarianten, die da eine Rolle spielen und da ist Herr Schachtschneider dann mit seinem Vorschlag mit dabei.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank, Herr Meerheim. Bei Ihrem zweiten Anlauf hatten Sie dann die Redezeit schon überschlossen, überschritten. Bitte Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Meerheim, ich wollte nochmal deutlich machen, dass für jeden Bau, für jede Investition eine Notwendigkeit da sein muss.

Wir haben zwei Mal insgesamt mit der Schulleitung gesessen und haben mehrfach angefordert ein pädagogisches Konzept, in dem deutlich wird, dass die Aula notwendig ist und ich möchte es nochmal sagen, es gibt eine Aula in dieser Schule und das ist eine Schule, die sich entwickelt. Und dann müssen erst mal alle anderen Schulen mit den Möglichkeiten sehen, dass wir den Brandschutz einhalten. Also bitte legen Sie mir das pädagogische Konzept dieser Schule auf den Tisch, dann kann ich damit zum Landesverwaltungsamt gehen, kann ich die Notwendigkeit deutlich machen, aber ich habe

nichts in der Hand. Und ich muss Sie darauf aufmerksam machen, dass es dringend auch erforderlich ist, dass dazu eine Notwendigkeit begründet wird.

Sie sind Vorsitzender des Finanzausschusses Herr Meerheim, ich verstehe gar nicht warum Sie den Paragraph 11 der kommunalen Haushaltsverordnung nicht kennen, also das schockiert mich richtig. Also von daher, dass Sie unter diesen Voraussetzungen sagen, Sie negieren einfach Rechtsgrundlagen, das ist unglaublich.

unverständliche Zwischenrufe

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also Notwendigkeit, wir brauchen dringend ein schulpädagogisches Konzept, das ist seit vier Monaten angefordert. In allen Besprechungen ist das erbeten worden, wir haben in den letzten Wochen nochmal nachgefragt, es liegt kein Konzept vor. Es gibt keine Notwendigkeit für eine zusätzliche Aula, das muss man auch sagen. In der Schule gibt es eine Aula und die ist momentan für die Schüler ausreichend und dann kämen auch alle anderen Schulen, aber hier erst einmal geht es um die Notwendigkeit.

Diese Notwendigkeit, Herr Meerheim, ist nicht begründet und da bitte ich Sie doch um Sorgfalt und Acht zu geben, auch wenn Sie Vorsitzender des Finanzausschusses sind, dass wir bevor Sie einen Haushaltsansatz hineingeben, darauf achten, dass die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind. Und darauf, Herr Meerheim, muss ich Sie aufmerksam machen, das ist meine Pflicht. Wenn ein Beschluss vorliegt und wir können den aus gesetzlichen Gründen nicht ausführen, dann müssen wir Ihnen sagen, warum das der Fall ist. Wir haben keine Grundlage für die Notwendigkeit und deshalb ist mein Vorschlag, so wie ich es vorhin auch schon gesagt habe mit Herrn Schachtschneider, bitte geben Sie uns die Chance oder der Schule die Chance, dass sie ein solches pädagogisches Konzept mit dieser zusätzlichen Aula, das muss man sagen, es ist nicht eine einmalige, sie haben eine Aula, mit einer zusätzlichen Aula notwendig ist. Und dann können wir auch handeln, vorher ist es nicht möglich.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank. Die Rednerliste ist wieder angewachsen. Jetzt bitte Frau Ranft ein weiteres Mal.

Frau Ranft

Jetzt weiß ich gar nicht wie ich weiter mache. Ich wollte, also zum einen geht es um 100.000 € und wir sind uns so ziemlich einig, vielleicht können wir auch einfach darüber abstimmen, dann müssen wir immer noch gucken und können uns nicht sicher sein, dass das umgesetzt wird, da müssen wir dran bleiben, das ist uns jetzt auch allen klar geworden.

Was ich jetzt schwierig finde Herr Oberbürgermeister, ist jetzt dieser Zungenschlag „Sie kümmern sich nur um diese eine Schule. Die eine Schule schreit laut und Sie rennen hin und kümmern sich. Und die Schule hat eine Aula und das reicht.“. So ist es mit Nichten. Wir sind auch bei der Kastanienallee und beim CWG dran, eine Aula irgendwie hin zu bekommen und wir haben, es wurde mehrfach gesagt, hier die einmalige Chance, dass wir gerade in der Planung sind und wir da noch Pflöcke einschlagen können, dass es im Endeffekt dann nicht noch teurer wird.

Wir...Sie hatten auch den Aspekt angebracht alle Schulen müssen gleich behandelt werden, das halte ich für einen Hohn, bei dem dass wir PPP Schulen haben, dass wir private Schulen haben und dass wir Schulen haben, die eigentlich abrissswürdig sind. Wir kümmern uns um vieles.

Wir haben aber gerade bei der II. IGS die Chance aktiv zu werden und die nutzen wir. Und das ist auch unsere Aufgabe, das ist auch die Aufgabe der Schule zu gucken, was können die Stadträte tun, was kann die Verwaltung tun und wir greifen das auf natürlich.

Ich bin jetzt nicht ganz informiert wegen diesem pädagogischen Konzept. Ich würde jetzt die II. IGS bitten, dass sie auch an die Fraktionen, also sie scheinen ja ein pädagogische Konzept zu haben, dass sie das auch an die Fraktionen schicken, dann können sie auch sicher sein, dann wissen wir gibt es das oder gibt es das nicht, weil sonst ist es ja nur Hörensagen. Ich finde nicht, dass die Schule begründen muss, warum sie eine zweite Aula braucht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Aber wir müssen es.

Frau Ranft

Sie muss begründen, dass sie eine Aula braucht und dann ist die Entscheidung, ist das was schon da ist, ist das eine Aula oder nicht, das ist nochmal sehr speziell und ich würde, ich weiß nicht, ich bin gerade unsicher, wenn Sie sagen die Rednerliste ist gerade angestiegen, ob ich jetzt für den beantrage, dass die Rednerliste geschlossen wird...Nein soll ich offen lassen. Wir sagen uns immer das Gleiche, habe ich das Gefühl, also wir werden nicht umhin kommen, egal wie jetzt die Entscheidung ausfällt, die Verwaltung zu überprüfen, ob unser Beschluss umgesetzt wird. Frau Brederlow hat gerade gesagt, dann wird die Planung sofort gestoppt, das habe ich jetzt nicht so ganz, das habe ich jetzt beim OB anders gehört, da weiß ich jetzt nicht.

Herr Dr. Fikentscher

Herr Scholtyssek bitte.

Herr Scholtyssek

Ja ich hatte ja eigentlich die Hoffnung vorhin schon, dass sich die Debatte dem Ende neigt, aber nach den Ausführungen des Oberbürgermeisters ist das ja nochmal zu einer lebhaften Debatte geworden, verständlicherweise.

Die Ausführungen, die Sie hier getätigt haben zu dem Verfahren, die Detailliertheit, die da angeblich notwendig sei, das verwundert mich ein bisschen. Ich bin jetzt nicht der Schulbauexperte, aber ich hatte bislang nicht den Eindruck, dass sämtliche Bauvorhaben die wir von der Stadt hier vorgelegt bekommen auch im Schulbereich so ein detailliertes Verfahren durchlaufen haben. Wenn das so wäre, dann dürfte das Chaos, was wir hier teilweise erleben eigentlich gar nicht existieren. Den Nachweis den Sie fordern für die Notwendigkeit, das ist ja schön und gut, aber dann legen Sie uns bitte bei anderen Beschlüssen auch die Notwendigkeit vor, warum wir das so beschließen sollen, das ist ja das, weswegen wir hier oft nachfragen und oft nur unzureichende Antworten bekommen.

Wenn der Beschluss, den wir gefasst haben im Haushalt, angeblich rechtswidrig ist, dann hätte ich erwartet, dass Sie bei der Haushaltsdiskussion aufstehen und sagen, das ist rechtswidrig, das können wir so nicht machen. Sie haben aber gesagt, Sie tragen den von uns im Stadtrat gefundenen Kompromiss mit. Von daher kann ich diese Aussagen so nicht nachvollziehen, also das ist einfach verwunderlich.

Herr Dr. Fikentscher

Herr Meerheim bitte, dann Herr Senius.

Herr Dr. Meerheim

Herr Scholtyssek Sie sagen es, der letzte Punkt Ihrer Ausführung ist genau an der richtigen Stelle angebracht worden. Wenn Sie der irrigen Auffassung gewesen wären, dass das zu

Unrecht geschehen ist, was wir da beschließen wollten oder dann ja auch getan haben, dann hätten Sie es damals sagen müssen. Sie haben nichts dergleichen gesagt und der Hinweis auf den Paragraphen in der Haushaltsverordnung, na der ist ja wirklich witzig, das müssen Sie sowieso machen. Bei jeder Investition, das müssen Sie mir nicht erzählen, das ist so, da müssen Sie prüfen, normalerweise ist das, was wir da vorhaben wirtschaftlich oder nicht. Na Hallo. Wenn Sie das nicht machen würden, dann müsste ich Ihnen das sagen, dass Sie da mal bitte rein gucken. Da muss die Verwaltung von sich aus erzählen, das muss sie bei jeder Maßnahme die sie plant zuerst überprüfen, ist das so.

Was denken Sie, warum wir verlangt haben, dass Sie ein Konzept erarbeiten sollen zur Nutzung Ihrer Liegenschaften durch die Verwaltung, bevor irgendwas umgesetzt oder neu gebaut oder saniert wird. Genau aus dem Grund. Wirtschaftliche Betrachtung im Vorfeld durchzuführen. Das muss man, das ist so. Ja genauso ist es, dessen sind wir uns bewusst.

Und wenn Sie das bei allen anderen Maßnahmen, die wir im Schulbau drin haben auch gemacht haben, dann finde ich das toll, dann komme ich demnächst mal hin, gucke mir die alle an und dann werde ich erschreckend feststellen, mein Gott, wo sind die ganzen Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen für die einzelnen Schulbaumaßnahmen. Dann bin ich ganz gespannt, wieviel Ausführungen ich da lesen werde. Ich vermute keine.

Und wenn Sie nach einem pädagogischen Konzept fragen für einen Aulaneubau, Herr Schachtschneider hat Ihnen doch dazu das Wesentliche erzählt, glaube ich. Als Lehrer der damit umzugehen hat und aus der Geschichte, wie die entstanden sind und, und. Und wenn Sie heute noch ein Konzept brauchen dafür, dass Sie ein neues Computerkabinett errichten, dann weiß ich nicht wie Sie Schulbau denken und was Sie da alles brauchen. Ich glaube, wir würden Wochen, Monate, Jahre hier sitzen und wenn wir dann auch noch mit allen Schulen gemeinsam darüber diskutieren, wer wann mit welcher Maßnahme dran ist, ich glaube dann werden wir nie fertig. Und deswegen ist es dringend notwendig heute diesen Beschluss zu fassen, die Planungen anzuhalten, neu aufzusetzen unter Berücksichtigung des Beschlusses und dann kann es nämlich schnurstracks weiter gehen.

Herr Dr. Fikentscher

Herr Oberbürgermeister bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Meerheim, es wird nicht besser, das heißt gerade dann, das hat ja Frau Brederlow deutlich gemacht, wenn Sie den Beschluss so treffen und die Planungen angehalten werden, dann verschiebt sich die gesamte Zeitachse und das ist die Situation, die wir vorhin, Frau Brederlow, Ihnen ausführlich diskutiert hat.

Ich weiß gar nicht, warum Sie das immer ins Lächerliche ziehen, wenn Sie sachlich argumentieren. Das ist doch gerade für Sie auch wichtig, dass Sie, wir alle insgesamt in einem Vollzug des Haushaltes belegen können, dass hier eine Notwendigkeit besteht, eine zusätzliche Aula anzubauen. Damit müssen wir uns absichern, das ist eine Situation, wo wir natürlich auch geprüft werden, von unserem Rechnungsprüfungsamt, möglicherweise auch von anderen Organen.

Und von daher geben Sie uns doch jetzt das Konzept. Geben Sie uns das pädagogische Konzept, dann wird deutlich, dass Sie nicht aus der hohlen Hand heraus argumentieren.

Herr Dr. Fikentscher

Herr Senius bitte und dann noch einmal Herr Wolter.

unverständliche Zwischenrufe

Herr Dr. Fikentscher

Herr Lange, wenn Sie jetzt hier säßen, würden Sie sich ermahnen.
Jetzt bitte Herr Senius

Herr Senius

Also ich will auch nur noch zwei Aspekte ansprechen, weil die im Gegenstand Ihrer Argumentation, Herr Dr. Wiegand, eine wesentlich Rolle für mich eingenommen haben.

Das Eine war der Hinweis die Schule habe eine Aula. Ich war in der Schule, ich hab einen Raum gesehen der für Aula Zwecke genutzt wird, ich würde ihn nicht als Aula bezeichnen wollen. Das ist eine Behelfsmaßnahme, weil es eben gerade keine Aula gibt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Aktuell nicht, aber es ist ja geplant.

Herr Senius

Zum Zweiten, es wird von Ihnen angeführt, es läge jetzt daran, dass das pädagogische Konzept nicht vorliegt. Ich glaube, die Schulleiterin hat sehr viele gute Gedanken eingebracht, wie die Aula genutzt wird und was den Wert der Aula für diese Schule ausmacht und auch bedeutet. Ich bin überzeugt, da die Schule das auch alles vorbereitet hat, sie kann sehr kurzfristig ein pädagogisches Konzept vorlegen. Es sollte uns in der Beschlussfassung nicht hindern heute, damit nämlich dann sehr zügig und Sie auch in Ihrer Rechtmäßigkeit den Beschluss umsetzen können und aufnehmen können.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank. Herr Wolter bitte. Die Rednerliste ist bald zu Ende, müssen Sie sich beeilen. Bitte.

Herr Wolter

Wenn ich mich beeile bin ich noch dran, sozusagen.

Herr Dr. Wiegand, Sie haben es mir wirklich verübelt, hier so ein bisschen versucht moderat oder mit meinen dünnen Armen irgendeine Brücke zu bauen und Herr Dr. Meerheim hat das ja angesprochen, das ist fatal. Das, was Frau Brederlow beschrieben hat, war für mich sachlich und war auch bezogen auf den Beschluss und war für mich auch eine Aussage der Gesamtverwaltung, ja wir wollen, wir sehen hier sachliche Gründe um eine Verschiebung, das ist für mich nachvollziehbar und wenn die Verwaltung selbst und eigenständig diese, sag ich mal, Liste von Notwendigkeiten im Sinne der Nachweisführung usw. einfordert, erwarte ich natürlich, dass die Verwaltung mit so einem Beschluss, so einer Rahmensetzung, was ja im Sinne einer Beauftragung an die Verwaltung auch gleichzusetzen ist, losgeht um diese Bedingung zu erfüllen, um natürlich so eine Aula umzusetzen.

Dass wir uns jetzt hier...diskutieren wie im Bildungsausschuss über den Bedarf von Aula oder nicht. Ich glaube, da sind wir wirklich drüber hinweg. Und da ist ja Frau Bredelows Aussage gar nicht mit einzuordnen, weil sie grundsätzlich, glaub ich auch, so hab ich Sie verstanden Frau Brederlow, sagen, ja wenn wir die Schule gut aufstellen wollen, braucht es diesen zusätzlichen Bau.

Aber das hat ja Herr Dr. Meerheim hingewiesen, das kommt jetzt bei Ihren Aussagen irgendwie nicht mehr vor. Also das ist so für mich die Schwierigkeit. Und ich habe ja nur das Gefühl, an die anderen Fraktionen mal gerichtet, ich habe keine Lust dazu, ich habe wirklich null Bock und das ist für mich meine ganze Motivation hier in diesem Rat zu arbeiten, hört auf in dem Moment, wo wir uns wieder dorthin begeben, dass wir sagen, hier geht es nur noch ums Prinzip, hier geht es nur noch darum, wer hier den Gestaltungsanspruch durchsetzen kann, hier geht es nur noch darum, dass wir über Widersprüche verhandeln,

wenn der Oberbürgermeister in seinem Haushaltsvollzug erklärt, dass er diesen Beschluss nicht umsetzen kann, dann müssen wir hier gemeinsam dafür sorgen Kompromisse herzustellen, auch gemeinsam mit der Verwaltung. Auch wenn das weh tut. Und wenn ich sage, hier gibt es eine ganz klare Erklärung, das wollen die hier nicht, dann gehe ich sozusagen los, das habe ich gemacht und hab hier eine Aussage. Ja wir wollen zeitnah diesen zusätzlichen Bau realisieren. Und da hatte ich erwartet, dass wir heute Aussagen kriegen, in welcher Zeitsetzung mit zwei Jahren oder eineinhalb Jahren später das passiert, weil, dass wissen Sie alle hier in dem Moment wo Sie den Beschluss hier fassen, wird es entweder einen Widerspruch geben oder eine Nichtumsetzung auf Grund von...natürlich Bodo...

Wenn hier der Oberbürgermeister erklärt, dass er das Haus mit einer Haushaltssperre im Hintergrund, da kann er sozusagen im Moment alle Gelder sachbezogen, wirtschaftlich so prüfen, dass er sagt, das ist nicht die Priorität. Und das ist doch nicht in unserem gemeinsamen Interesse. Das gemeinsame Interesse ist die Sanierung zeitgemäß durchzuführen. Das ist sozusagen der Punkt, was wir hier auch im Fach, sage ich mal innerhalb der Fraktion diskutiert haben. Das bringt uns doch, das macht mich muss ich sagen, wenn wir jetzt nicht sozusagen uns auf Augenhöhe zu verständigen, was ist der Kompromiss gemeinsam mit der Verwaltung. Wenn die Verwaltung erklärt ich brauche von der Gesamtkonferenz, Herr Senius, und nicht von der Schulleiterin, die Gesamtkonferenz muss einen Beschluss fassen zum Konzept. Wenn das die Bedingung ist, dann soll das schnellstmöglich umgesetzt werden und dann muss man hier auch so bereit sein, zu sagen o.k. lasst uns das vertagen. Dann soll die Verwaltung hier eine Liste nennen, dann kriegt die Schule oder von mir aus verweisen in den Ausschuss, das man sagt, lasst uns das diskutieren und dann liegt das vor was die Verwaltung wünscht und dann haben wir einen Zeitplan, wie sie das umsetzen kann.

Würde ich mir nur wünschen, weil ansonsten treffen wir uns hier und besprechen vielleicht eventuelle Widersprüche.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank Herr Wolter. Herr Oberbürgermeister.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also das ist genau die Linie, das hat vor vier Monaten die Schule bereits gewusst. Und das haben wir ihr mitgeteilt und nicht das was Herr Lange vorhin gesagt hat. Und wenn wir uns da verständigen und das Ding gehabt hätten, hätten wir schon lange arbeiten können.

Herr Dr. Fikentscher

Weitere Wortmeldungen? Bitteschön, Herr Krause.

Herr Krause

Viel gesagt worden vorhin, ich werde das nicht wiederholen. Da steht keine Zeitschiene drin, da steht einfach drin die Bekräftigung des Willens des Stadtrates eine bestimmte Priorität zu setzen. Ich meine die Verwaltungsspitze und der Rat ist gar nicht so weit auseinander als es scheint. Wenn Sie sozusagen nicken und ein Stück den Willen bekunden der Verwaltung, wir beschließen das heute, dann wird sich ein Weg finden. Ich würde das nicht nochmal vertagen.

Herr Oberbürgermeister, Sie haben es ja vorhin schon gehört, Sie haben selber die Hand mit gehoben im Haushalt. Wir fanden das auch gut, damit ist auch ein Kompromiss zustande gekommen. Und den Weg sollten wir weiter gehen. Ich kann Ihnen versichern, dieses Konzept von dieser Schule wird in den nächsten Tagen in der Gesamtkonferenz sein und wird auch der Verwaltung ganz schnell zugeleitet. Sie müssen sich da keine Sorgen machen, dass da die Grundlage fehlt.

Und die Systematik, die Herr Meerheim erklärt hat, das für dieses Jahr zunächst erst mal die Planungsleistung beansprucht werden und im nächsten Jahr sozusagen die anderen Gelder und folgende die anderen Gelder zur Verfügung stünden oder stehen. Das ist doch erstmal eine Basis auf der man sozusagen handeln kann.

Nun lasst uns doch mal sozusagen nach vorne denken und das Ding nach vorne entwickeln und empfinden Sie das nicht als ein Affront, wenn der Stadtrat hier beschließt, wir möchten das gern um sozusagen nochmal den Willen zu bekräftigen, ist das doch auch ein deutliches Signal, wenn Sie sozusagen, das haben Sie eben getan, so hab ich es auf jeden Fall wahrgenommen, genickt haben, ist es ein gemeinsames Signal auch in die Landschaft rein und auch in die halesche Bevölkerung rein, dass wir da gemeinsam handeln und fertig ist der Lack. Wir müssen das sozusagen jetzt nicht weiter ausbreiten. Danke.

Herr Dr. Fikentscher

Herr Oberbürgermeister bitte.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Herr Krause, wir stehen momentan deshalb so gut da innerhalb der Stadt, weil dieses gegenseitige miteinander Arbeiten, Kompromisse finden, in den letzten Jahren recht gut geklappt hat. Deshalb haben wir den Haushaltsausgleich immer erreicht. Das sollte auch so beibehalten werden. Aber ich habe den klaren Auftrag auch vor vier Jahren übernommen, auch als es um den Sparkommissar geht, dass ich strikt darauf achte, nur die notwendigen Leistungen auch tatsächlich durch den Stadtrat durch zu lassen oder auch zu bestätigen. Das ist meine gesetzliche Pflicht. Das ist meine beamtenrechtliche Pflicht für die ich den Eid geschworen habe. Und das bedeutet, wir müssen Kompromisse finden. Ich habe ja gesagt, wir holen alles nach, was eigentlich im Vorfeld hätte gemacht werden müssen.

Dieser Beschluss, das wissen Sie ja auch, ist in den letzten Tagen dann des Haushaltes drauf gekommen, weil man gesagt hat wir packen das noch dazu, das ist alles in Ordnung und ich versuche das auch nachzuholen. Aber da müssen Sie mir auch helfen, dass ich die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllen kann, dass ich von der Aufsichtsbehörde oder von anderen Behörden oder von anderen Schulen nicht in irgendeiner Weise hineinbekomme, dass ich sagen kann, ich habe nicht ungleich behandelt. Dann müssen Sie mir die Chance geben, dass diese Dinge auch vorliegen. Und da bin ich gerne bereit in dem Sinne, wie Sie es auch gesagt haben, und da können wir dran anknüpfen und so können wir auch miteinander arbeiten. Aber Sie müssen mir die Chance geben, die gesetzlichen Voraussetzungen einzuhalten oder dass wir uns in einer Kompromisslinie zumindest dem annähern.

Ich brauche eine Argumentation, warum ist diese Ausgabe notwendig. Die liegt momentan nicht vor. Da können alle sagen, wir brauchen das, alle sagen verbal wir brauchen dieses Konzept, aber niemand von Ihnen hat es momentan schriftlich vorgelegt und die Gesamtkonferenz hat es nicht entschieden und von daher brauche ich eine sachliche Notwendigkeit. Und das ist der erste Grundsatz und deshalb verstehe ich die Aufregung gerade von Herrn Meerheim nicht, der das eigentlich wissen müsste.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Es wird jetzt für einige eng. Jedenfalls Herrn Schachtschneider kann ich nicht nochmal das Wort geben, weil Sie schon zwei Mal dran waren. Sodass jetzt der Herr Häder dran ist. Ja, ja Sie stehen ja hier auch drauf. Er hatte sich ja vorher schon gemeldet.

Herr Häder

Also liebe Kolleginnen und Kollegen, wir müssen uns doch bewusst sein, ich denke mal in dieser Konstellation Stadtrat - Oberbürgermeister arbeiten wir jetzt schon mehrere Jahre, was passiert, wenn Sie den Beschluss heute so fassen wie Sie ihn fassen wollen. Herr Dr. Meerheim erklärt eigentlich den Beschluss braucht es gar nicht, weil wir haben es ja schon beschlossen und es ist ja Schwachsinn, wenn man nochmal was beschließt, was wir beschlossen haben. Aber trotzdem soll es jetzt beschlossen werden.

Und der Oberbürgermeister wird, wenn der Beschluss so gefasst wird, höchstwahrscheinlich in Widerspruch gehen. Wir alle müssen doch mittlerweile wissen, dass wenn man jetzt versucht den Kompromiss zu fassen, dann viel eher das, was man eigentlich will erreicht, als wenn wir jetzt mit dieser Machtprobe oder diesen Konfrontationskurs gegenseitig fortfahren.

Deswegen kann ich auch nur nochmal an die Vernunft der Räte appellieren, lasst es uns zu versuchen zu vertagen, dann die notwendigen Sachen, die noch benötigt werden dann zusammen zu kriegen und dann in einem Kompromiss mit der Verwaltung zu schauen, wie kann ich am schnellsten dieses Ziel erreichen.

Weil, ja nach Ihrer eigenen Aussage brauchen Sie den Beschluss gar nicht, weil wir haben es ja schon im Haushalt beschlossen. Warum jetzt nochmal zwingend diesen Beschluss durchboxen, den Sie nach eigener Aussage nicht benötigen und im Endeffekt genau zu dem Gegenteil führt, was Sie eigentlich wollen oder was wir alle wollen. Es wird dadurch nicht schneller, sondern wir verzögern dieses Verfahren nur unnötig und deswegen kann ich wirklich nur an die Vernunft und die Erfahrung, die wir hier in diesem Rat in den letzten Jahren gesammelt haben appellieren, lasst es uns vertagen und darüber reden.

Ich will es jetzt bewusst nicht im Namen der Fraktion verweisen, weil, also wir könnten es ja jetzt erzwingen, diese Vertagung. Der Oberbürgermeister könnte es auch noch erzwingen, aber vielleicht ist es ja auch nochmal ein Zeichen des Rates, wir strecken die Hand aus, versuchen auf diesen Kompromiss hinzuwirken und sind nicht die sturen Böcke, die das jetzt unbedingt durchboxen wollen.

Herr Dr. Fikentscher

Vielen Dank Herr Häder. Nochmal Herr Oberbürgermeister und dann Herr Krause.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also all das, was jetzt gesagt wurde, kann ich nur so bestätigen. Wenn wir uns auf diese Linie vereinbaren, dann würden wir unverzüglich das fortsetzen. Sie reichen oder die Schule reicht das entsprechende Gesamtkonzept dazu ein und wir planen weiter und versuchen das einzubinden.

Gleichwohl muss ich deutlich machen, dass es zu einer Verzögerung kommen kann oder könnte, das kann ich jetzt noch nicht abschätzen und kann ich auch nicht einordnen. Aber ich schließe mich den Worten an und das ist eben auch mein Angebot.

Herr Dr. Fikentscher

Nun bitte Herr Krause.

Herr Krause

Nochmal ganz kurz. Dieser Beschluss wie er da steht, hat was zu tun mit Atmosphäre und Emotionen. Ich sage das jetzt mal ganz deutlich und zwar auf beiden Seiten. Wenn Sie sich bitte erinnern, Herr Dr. Wiegand, an die letzte Stadtratssitzung, da hat sich der Vorsitzende des Stadtrates erlaubt, Ihnen eine ganz einfache Frage zu stellen. Wie Sie mit dem Beschluss im Haushalt zu dieser Aula umgehen und erinnern Sie sich mal bitte kurz, aus was für Gründen auch immer Sie so reagiert haben, an Ihre Reaktion. Hätten Sie damals

eine klare Aussage gemacht, wäre der Beschluss doch gar nicht da. Daraufhin hat sich nicht nur eine Fraktion, und das hat auch eine Qualität, sondern mehrere Fraktionen dazu gefunden, einen solchen Antrag zu stellen, um sicherzustellen, dass genau das Prozedere in Gang kommt. Aber die Räte haben keine Zeitschiene, ich sage das nochmal, keine Zeitschiene rein geschrieben und das Prozedere ist laut der Zweckbindung der Mittel im Haushalt auch klar.

Nun sehen Sie das doch nicht als ein Affront, wenn der Stadtrat seinen Willen bekundet. Da muss ja auch erstmal eine Mehrheit zustimmen. Und ich habe Ihnen ja gesagt, dieses Konzept wird in den nächsten Tagen auf jeden Fall da sein, so wie ich das gehört habe ist es schon fertig. So, das heißt, das kommt jetzt in die Gesamtkonferenz und da wird es nochmal ausführlich beschrieben und begründet. Und wir sollten auch an der Stelle nicht versuchen, eine Schule, die Bedürfnisse einer Schule gegen die anderen zu wiegen. Ich würde Ihnen das nicht unterstellen und uns auch nicht, gegeneinander auszuspielen, sondern einfach sozusagen die Prioritäten an den einzelnen Stellen auch da zu sehen, wo sie sind.

Ich plädiere nach wie vor nach der Diskussion, die wir hatten, dafür, dass wir den Beschluss fassen, dass Sie diesen Beschluss positiv auffassen. Keiner wird Sie hindern die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die brauchen Sie nämlich, um überhaupt eine Umsetzung zu machen und deswegen steht da auch keine Zeitschiene drin.

Von der Seite her, ich würde da ein bisschen, pardon wenn ich ein bisschen mich salopp ausdrücke, relaxter damit umgehen, den Beschluss entgegennehmen, den wir sowieso im Rahmen der Haushaltsbeschlussfassung gefasst haben und dann gemeinsam gucken wie wir das Ding sozusagen wirklich realisiert bekommt. Das ist doch ein vernünftiger Weg, ehe wir sozusagen jetzt hier die Fronten immer weiter aufbauen und es nicht weiter geht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also das ist von unserer Seite nicht gemacht worden. Mit Fronten aufbauen oder ähnliches, sondern wir haben klar und deutlich gesagt, was wir benötigen und ich sage es nochmal, für die Notwendigkeit brauchen wir die Unterlagen und dann müssen wir das einordnen und das bedeutet, dass wir dieses auch benötigen. Wenn Sie jetzt sagen ich, Sie schieben das auf, dann müssen Sie rein schreiben, dass hier eine Aufschiebung drin ist, aber Beschlüsse sind unverzüglich auszuführen. Und das macht auch die Verwaltung, es sei denn der OB legt Widerspruch ein oder macht Ihnen deutlich, dass der Beschluss unter diesen Bedingungen nicht ausgeführt werden kann. Das habe ich in dieser Sitzung auch versucht und bitte akzeptieren Sie auch, dass wir für unsere Unterlagen die Notwendigkeit belegen müssen und nicht auf Zuruf agieren dürfen.

Herr Dr. Fikentscher

Zunächst will ich nur sagen, der Herr Feigl hat eine Auszeit vor der Abstimmung beantragt von 5 min. Können Sie sich schon mal darauf einstellen.

Und jetzt wär Herr Meerheim nochmal dran, weil er direkt angesprochen worden ist.

Herr Dr. Meerheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ist schwierig mit Ihnen, muss ich wirklich sagen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Mit Ihnen auch, Herr Meerheim. Da kommen wir noch zu.

Herr Dr. Meerheim

Das gebe ich gerne zu. Wenn Sie sagen, dass Sie das nicht verursacht haben, dann haben Sie wahrscheinlich an Ihrer eigenen Neujahrsveranstaltung mit den jungen Leuten hier in diesem Jahr nicht teilgenommen. Das werden Sie nicht verneinen können, insofern ist klar,

wer der Verursacher dessen ist. Denn wir hätten uns doch nie und nimmer darum gekümmert nochmal einen Antrag zu einem Ding zu stellen, was sowieso beschlossen ist. Wenn Sie nicht zwischenzeitlich laut und deutlich für alle, stand im Übrigen auch in der Presse, verkündet hätten, dass das nicht kommt.

Und jetzt noch ein Zweites. Sagen Sie mir bitte, wo steht, dass für die Sanierung oder einen Anbau es notwendig ist, wenn die Kommune das beschließt, dass dafür ein pädagogisches Konzept vorgelegt werden soll. Sagen Sie es mir. Punkt eins.

Punkt zwei. Wer prüft nachdem der Haushalt nicht beanstandet ist, in der Durchführung dieses Haushaltes die Investitionsmaßnahmen? Wer? Außer auf ihre Rechtmäßigkeit, dass die Vergabe in Ordnung war bei den Maßnahmen entsprechend. Weil Sie ja gesagt haben, das Landesverwaltungsamt würde sich darum kümmern. Das ist doch lächerlich. Bitte. Ich warte noch auf die Antwort auf die zwei Fragen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Die Notwendigkeit ergibt sich unmittelbar aus § 11, ich hatte es ja schon deutlich gemacht, das hätten Sie wissen müssen, das bedeutet, Sie müssen das belegen, warum Sie eine Aula wollen, warum will die Schule eine Aula, ja.

Herr Dr. Meerheim

Wem gegenüber?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Und da können Sie reden und reden, Sie müssen die notwendigen Unterlagen zur Verfügung haben. Es liegt keine einzige Unterlage vor.

Und das Zweite, dass die Rechtsauffassung und Sie müssen das vorher machen, momentan ich will es ja heilen, ich gebe ja die Hand, aber wenn Sie das nicht wollen, dann stimmen Sie es durch, dann kommt es so wie es Herr Häder gesagt hat. Ich bin dazu verpflichtet, Sie aufmerksam zu machen, dass die Voraussetzungen, die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind. Und das bedeutet auch, dass dann letztendlich auch das Landesverwaltungsamt über den Widerspruch entscheidet und dann werden wir es sehen. Dann werden wir belegen oder wird es belegt sein, wer seine rechtlichen Voraussetzungen und seine Hausaufgaben gemacht hat und wer nicht.

Ich will das verhindern, deshalb komme ich im Vorfeld, dann komme ich im Vorfeld und sage Ihnen das stimmt nicht, also lassen Sie uns diesen Kompromiss wählen, wie wir es gesagt haben. Und dann können Sie mir nachher nicht sagen, wenn es ein Widerspruch ist und der läuft drei, vier Monate, dann verlieren wir weitere Zeit. Und das ist die Situation, deshalb sage ich Ihnen jetzt, dieser Beschluss, den Sie fassen, ist rechtswidrig, weil keine Unterlagen vorliegen und dann...

Herr Dr. Meerheim

Das ist doch Schwachsinn. Der Beschluss ist durch, mit dem Beschluss zum Haushalt sanktioniert.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also Herr Meerheim, ich verbitte mir das mit Schwachsinn.

Herr Dr. Fikentscher

Herr Meerheim...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also ich finde das ist eine Frechheit, wie Sie hier argumentieren und ich brauche mich von Ihnen hier nicht belehren zu lassen, besonders nicht dann, wenn es um Rechtsgrundlagen geht.

Herr Dr. Meerheim

Manchmal vielleicht doch und dann sage ich noch was in die Richtung...

Herr Dr. Fikentscher

Herr Meerheim, das wäre jetzt Ihr vierter Beitrag.

Herr Dr. Meerheim

Ich hab bloß auf die Antwort der Fragen gewartet. Ich war noch nicht fertig.
Ich bitte auch um die Vernunft der Kollegen aus der Fraktion MITBÜRGER/NEUES FORUM.
Vernünftig wäre es, wenn Sie unserem Antrag zustimmen. Warum? Sie haben doch heute nun gehört was die Stadtverwaltung nicht will, denn das was er als Kompromiss vorträgt...

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Das stimmt nicht Herr Meerheim.

Herr Dr. Meerheim

.....ist kein Kompromiss.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sie wollen mit dem Kopf durch die Wand.

Herr Dr. Meerheim

Die wirtschaftliche Vernunft.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sie wollen hier eine Diskussion führen, die falsch ist...

Herr Dr. Meerheim

Das ist doch Quark.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

.....und fehlerhaft.

Herr Dr. Meerheim

Wenn Sie die Planungen fortsetzen, so wie Sie sie jetzt bearbeitet haben, da verlieren wir Geld. Wir schmeißen Geld zum Fenster raus, weil wir planen etwas, was wir anschließend nicht mehr benötigen. Und das ist doch die Grobs.

Herr Dr. Fikentscher

Jetzt ist aber Schluss.

Wir haben 26 Wortbeiträge gehört und einige wollen jetzt zum dritten, vierten Mal reden, das geht nicht. Der Herr Feigl hat beantragt fünf Minuten Auszeit. Herr Feigl, wollen Sie sagen was in der Zeit geschehen soll? Mit wem Sie reden wollen.

unverständliche Zwischenrufe

Herr Dr. Fikentscher

Na ja ehe Sie sich sonst gefunden haben, sind die ersten 5 Minuten rum.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag
der
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Personalangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird aufgefordert, das Personalentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) fortzuschreiben. Dabei ist aufzuzeigen, wie und mit welchen konkreten Maßnahmen eine Stabilisierung bzw. Steigerung der Leistungsfähigkeit der Stadtverwaltung im mitarbeiterorientierten Ansatz erfolgt.
2. Das Konzept hat dabei aktuelle Aussagen zu folgenden Inhalten zu treffen:
 1. Auswirkungen der aktualisierten demografischen Entwicklung auf die Beschäftigtenstruktur der Verwaltung und die sich daraus ergebenden Einstellungsnotwendigkeiten
 2. Entwicklung einer verwaltungsinternen Strategie zum Übergangsmanagement mit einem besonderen Fokus auf den Kompetenztransfer bei Stellennachbesetzungen
 3. soweit möglich, Berücksichtigung der (inter-)kulturellen Vielfalt der Stadtgesellschaft bei der Stellenbesetzung
 4. systematische, verbindliche und transparente Förderung und Kompetenzentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
 5. optimale Nutzung und individuelle Weiterentwicklung des Personals bei organisatorischen Veränderungen
 6. Sicherstellung einer angemessenen Mitarbeiterpartizipation (bspw. durch Teamboards)
 7. regelmäßige Befragung von Mitarbeitern und Führungskräften/ Transparenz über Befragungsergebnisse und Ableitungen daraus.
 8. Entwicklung eines Führungskräfteleitbildes und Durchführung eines regelmäßigen Führungskräftefeedbacks.
3. Dem Stadtrat ist das Konzept bis zum 30.06.2017 zur Beschlussfassung vorzulegen; über die Umsetzung ist regelmäßig, mindestens jährlich, zu berichten.
4. Zur Evaluierung der Umsetzung des Personalentwicklungskonzeptes ist der Personalbericht in seiner gegenwärtigen Form beizubehalten und regelmäßig fortzuschreiben.

**zu 9.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN zur Fortschreibung der
Schulentwicklungsplanung
Vorlage: VI/2017/02783**

Frau Ranft führte in den Antrag ein; dieser sollte als Kompromissvorschlag für die Verwaltung angesehen werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag zur Vorberatung in den Bildungs- und Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Bildungsausschuss
und den
Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt den Ratsbeschluss vom 17.12.2014, Vorlage Nr. V/2014/12788 zur Ersten Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes der Stadt Halle (Saale) für die Schuljahre 2014/15 bis 2018/19 insofern abzuändern, dass keine Fusion der Grundschulen „Wolfgang Borchert“ (Wolfgang-Borchert-Straße 42, 06126 Halle) und der Grundschule am Zollrain (Harzgeroder Straße 63, 06124 Halle) erfolgt.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat bis zur Stadtratssitzung am 26.04.2017 eine Beschlussvorlage mit einem Grundsatzbeschluss zur Sanierung der Schulgebäude Wolfgang-Borchert-Straße 40 und 42 für zwei weiterhin eigenständige Grundschulen vorzulegen. In der Beschlussvorlage sind die Ergebnisse der Prüfung der Möglichkeiten der Nutzung des Förderprogramms STARK III und eines notwendigen Eigenmitteleinsatzes zusammenzufassen und ein Zeitplan für eine Sanierung anzugeben.

**zu 9.8 Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: VI/2017/02823**

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Herr Kay Senius scheidet als Mitglied aus dem Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung aus.

Frau Katharina Hintz wird als Mitglied in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung berufen.

2. Herr Eric Eigendorf scheidet als Mitglied aus dem Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss aus.

Herr Kay Senius wird als Mitglied in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss berufen.

3. Frau Katharina Hintz scheidet als Mitglied aus dem Hauptausschuss aus.

Herr Eric Eigendorf wird als Mitglied in den Hauptausschuss berufen.

zu 9.9 Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Berufung von sachkundigen Einwohner*innen
Vorlage: VI/2017/02825

Es gab keine Wortmeldungen und **Herr Lange** bat um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

1. Frau Maria Genschorek ist als sachkundige Einwohnerin im Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten ausgeschieden. Herr Andreas Müller wird als sachkundiger Einwohner in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten berufen.
2. Frau Elisabeth Krausbeck scheidet als sachkundige Einwohnerin im Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss aus. Frau Dr. Jeannette Drygalla wird als sachkundige Einwohnerin in den Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss berufen.

zu 10 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 10.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zum Projektfortschritt HES
Vorlage: VI/2017/02790

Herr Scholtyssek fragte ob es realistisch ist, einzelne Baulose im IV. Quartal 2018 fertigzustellen, obwohl einige Lose erst im II. Quartal 2018 vergeben werden.

Dies konnte **Herr Stäglin** bestätigen.

zu 10.2 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU/FDP-Fraktion) zu Verträgen zur Kita-Finanzierung
Vorlage: VI/2017/02791

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 10.3 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur elektronischen Abwicklung von Parkvorgängen
Vorlage: VI/2017/02786

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.4 Anfrage des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU/FDP-Fraktion) zur Erstellung eines Gehweg, Radweg und Straßenzustandsberichtes
Vorlage: VI/2017/02785**

Zur Antwort der zweiten Frage wollte **Herr Scholtyssek** wissen, wann das nötige Personal eingestellt wird, damit mit einer Umsetzung begonnen werden kann.

Die Stellenausschreibungen werden derzeit vorbereitet, erklärte **Herr Stäglin**. Ziel ist eine schnellstmögliche Besetzung der offenen Stellen.

**zu 10.5 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Arbeit in der Ausländerbehörde
Vorlage: VI/2017/02771**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.6 Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Verbesserung des Wohn- und Lebensumfeldes in der Südstadt
Vorlage: VI/2016/02666**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.7 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Aufwertung der Grünfläche an der Kreuzung Zur Saaleaue/Unstrutstraße
Vorlage: VI/2017/02778**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.8 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Schaffung eines Fanhauses für die Fans des Mitteldeutschen Eishockey Clubs 04 e.V. - Saale Bulls
Vorlage: VI/2017/02777**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.9 Anfrage der SPD-Fraktion zu LQE-Verhandlungen und dem Betrieb von Kindertagesstätten
Vorlage: VI/2017/02779**

Die Beantwortung erfolgt im Stadtrat März.

**zu 10.10 Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion DIE LINKE, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und der CDU/FDP-Fraktion zu Anregungen von BürgerInnen beim Tag der Offenen Tür (08.01.2017)
Vorlage: VI/2017/02782**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.11 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Saalequerungen für den Fuß- und Radverkehr
Vorlage: VI/2017/02774**

Herr Feigl bezog sich auf die Antwort der Verwaltung und sagte, dass nur eine der drei Saalequerungen angefragt wurde. Warum wurden die beiden anderen bisher nicht verfolgt, wollte er wissen. Er sagte, dass Prüfergebnisse, wie das von der EVH, dem Stadtrat zur Verfügung gestellt werden sollten.

Herr Stäglin sagte, dass nicht alle Projekte gleichzeitig bearbeitet werden können. Die Beantragung der Fördermittel dauert eine gewisse Zeit.

**zu 10.12 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Baumfällungen und Baumpflanzungen im Stadtgebiet im Jahr 2016
Vorlage: VI/2017/02775**

Herr Aldag bat um eine genaue Erklärung, warum die Ressourcen auf den Bestand konzentriert werden mussten und keine Ersatzpflanzungen stattfinden konnten.

Herr Stäglin erklärte, dass es sich bei den Ressourcen um Sachmittel sowie um Personal handelt. Bei den Bestandsarbeiten geht es um Rückschnitte, Kronenschnitte und Baumfällungen. Im Frühjahr werden die entsprechenden Pflanzungen nachgeholt.

**zu 10.13 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu Fahrradabstellmöglichkeiten
Vorlage: VI/2017/02686**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.14 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Einzelhandels- und Zentrenkonzept
Vorlage: VI/2017/02767**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.15 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu sozialen Vereinen
Vorlage: VI/2016/02680**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.16 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Halle-Ost
Vorlage: VI/2017/02788**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.17 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Personen ohne festen Wohnsitz
Vorlage: VI/2016/02681**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 10.18 Anfrage des Stadtrates Alexander Raue zu Geflüchteten
Vorlage: VI/2016/02683**

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 11 Mitteilungen

**zu 11.1 Quartalsbericht III/2016 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers
HAVAG
Vorlage: VI/2016/02532**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

**zu 11.2 Mitteilung des Prüfergebnisses zu den Öffnungszeiten der Hallenbäder
während der Sommerzeit
Vorlage: VI/2016/02639**

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 12 mündliche Anfragen von Stadträten

zu 12.1 Anfrage des Stadtrates Herrn Kaßner zur Wahl 2014

Herr Kaßner führte wie folgt aus:

Mit der Eröffnung des Gerichtsprozesses wegen Wahlfälschung in Stendal Anfang des Jahres wurde in der Presse, insbesondere in der VOLKSSTIMME Magdeburg, über die Wahlfälschung in Halle-Neustadt am 25.05.2014 berichtet. Danach ist das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Halle nach konkreten Hinweisen eines Wahlhelfers wieder aufgenommen worden.

In diesem Zusammenhang bat er um die Beantwortung folgender Fragen

1. Sind der Stadtverwaltung die "konkreten Hinweise" des Wahlhelfers bekannt,

Herr Geier sagte, der Sachverhalt ist nicht bekannt

2. Sind zu diesem Sachverhalt zwischenzeitlich Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Stadtverwaltung durch die Staatsanwaltschaft befragt worden?

Herr Geier antwortete, das ist ihm das nicht bekannt ist.

3. Welche Konsequenzen wurden seitens der Stadtverwaltung aus den damaligen Vorgängen gezogen, wenn ja wie wurden diese umgesetzt.

Herr Geier meinte, man kann vor der Wahl in Schulungen auf die Verantwortung des Wahlvorstandes und dieses ganze Auszählungsprozedere bei der Ermittlung des vorläufigen Wahlergebnisses eingehen.

4. Wurden die Vorgänge in dem Wahllokal in den Sitzungen Stadtwahlkommission nach der Wahl besprochen und wurden die Ergebnisse zu dem Sachverhalt protokolliert?

Herr Geier sagte, der Stadtwahlausschuss hat am 30.05.2014 öffentlich getagt, dort sind diese Vorgänge angesprochen und diskutiert worden. Die Unterlagen darüber lagen vor. Das Muster 28 zur Europawahl wurde ausgefüllt.

Herr Kaßner meinte, er hat eine Niederschrift von der Sitzung und die konkreten Sachverhalte sind dabei nicht aufgeführt. **Herr Kaßner** denkt, er hat ein falsches Protokoll und bat um das richtige.

Herr Geier sagte, da die Protokolle öffentlich sind, kann er es zusenden. Beanstandungen und Bedenken sind im Protokoll festgehalten. Die Ausführungen sind konkret und durch den Stadtwahlausschuss beschlossen wurden. Der Vortrag eines Wahlhelfers wurde ebenfalls erörtert.

Der Stadtwahlleiter hat die Mitglieder des Wahlvorstandes gehört und zu einer schriftlichen Stellungnahme aufgefordert. Da keine einheitliche Aussage vorlag, hat der Stadtwahlleiter das Rechtsamt gebeten diesen Vorgang an die Staatsanwaltschaft Halle zu übergeben, um dort eine eigenständige Prüfung vornehmen zu lassen.

Herr Kaßner meinte, wegen unterschiedlichen Meinungen wurden die Protokolle vor 18.00 Uhr gefertigt und kein Vier-Augen-Prinzip in das Protokoll aufgenommen.

Herr Geier berichtete, Aufgabe des Stadtwahlleiters ist es, ein korrektes Ergebnis festzustellen und das ist passiert. Was in dem Wahllokal stattgefunden hat, kann ein

Stadtwahlleiter nicht prüfen. Er hat den Fall aufzuklären oder an die Ermittlungsbehörden ab zu geben.

zu 12.2 Anfrage des Stadtrates Marko Rupsch zur Prüfung des Verkaufs von Gartenanlagen für neue Wohngebietsstandorte

Herr Rupsch sprach an, dass der Stadtrat im April 2013 die Kleingartenkonzeption der Stadt Halle (Saale) als Handlungsgrundlage zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens im Stadtgebiet beschlossen hat; konkret wurden Entwicklungsziele und Maßnahmen für die 131 Kleingartenanlagen (KGA) und 31 Erholungsgartenanlagen festgelegt.

Er fragte, ob die Stadt aktuell den Verkauf städtischer Kleingarten- und Erholungsgartenanlagen, für die in der Kleingartenkonzeption als Entwicklungsziel ein Erhalt festgelegt wurde, prüft.

Wenn ja, für welche Anlagen wird ein Verkauf geprüft und aus welchen Gründen erfolgt dies, trotz der Festlegung in der Kleingartenkonzeption? Wann soll das Ergebnis der Prüfung vorliegen? Inwiefern soll der Stadtrat über eine Entscheidungsfindung über eine neue Festlegung einer Kleingarten- bzw. Erholungsgartenanlage als geeignetes Verkaufsobjekt einbezogen werden?

Frau Dr. Marquardt sicherte eine schriftliche Beantwortung bis zum nächsten Stadtrat zu.

zu 12.3 Herr Helmich zum Basketballplatz am Unterberg

Herr Helmich fragte, ob der Stadtverwaltung bekannt ist, dass der brachliegende Basketballplatz am Unterberg zunehmend als Parkplatz genutzt wird und bat, entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat, diese Angelegenheiten künftig direkt an das Ordnungsamt weiterzuleiten, damit entsprechende Kontrollen durchgeführt werden können.

zu 12.4 Herr Rupsch zum EU-Sonderfonds zu Innovativen Maßnahmen der Stadtentwicklung

Herr Rupsch sagte, dass im Städtetag aktuell, neben dem Thema Integration, auch die Themen Kreislaufwirtschaft und städtische Mobilität mit angesprochen werden und fragte, ob die Stadtverwaltung Ideen hat in diesem Bereich Projekte anzumelden.

Herr Stäglin antwortete, dass die Stadtverwaltung grundsätzlich alle Programme prüft, die ihr zur Kenntnis gelangen, ob Möglichkeiten bestehen sich zu beteiligen. Zudem eignet sich nicht jedes Programm zur Beteiligung, da eine Kofinanzierung mit bereitgestellt werden muss, was eine Hürde darstellen kann.

zu 12.5 Frau Dr. Brock zu Bauarbeiten in der Saale/Elster Aue

Frau Dr. Brock teilte mit, dass aktuell Bauarbeiten an den Gerwisch-Brücken in dem Naturschutzgebiet Saale-Elster-Aue stattfinden. Nach ihrer Information nach dürfen lärmintensive Maßnahmen nur von Dezember bis Februar durchgeführt werden. Bisher sind die Bauarbeiten noch nicht beendet. Sie bat um eine aktuelle Information.

Herr Stäglin sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 12.6 Frau Dr. Brock zum Standort Günthersdorf

Frau Dr. Brock bezog sich auf einen Presseartikel zum Standort Günthersdorf; die Stadt Leipzig hatte sich dabei intensiv eingebracht. Sie wollte wissen, ob jemand ebenso Kontakt mit der Stadt Halle aufgenommen hat.

Darauf informierte **Herr Stäglin**, dass der Verwaltung der Flächennutzungsplan Leuna zur Stellungnahme vorgelegt wurde. Die Antwort dazu kann dem Ausschuss für Planungsangelegenheiten zur Kenntnis gegeben werden.

zu 12.7 Herr Scholtyssek zur Friedhofsstraße in Büschdorf

Herr Scholtyssek teilte mit, dass in der verkehrsberuhigten Friedhofsstraße in Büschdorf die seitlichen Grünstreifen als Ausweich für Autofahrer genutzt werden. Diese Streifen sind mittlerweile stark beschädigt und die neu aufgestellten Steine hindern nicht am unerlaubten Befahren. Er schlug vor, neue Baumstämme zu platzieren, um das illegale Durchfahren zu verhindern.

Herr Stäglin nahm den Auftrag an, um eine entsprechende Lösung zu finden.

zu 12.8 Frau Haupt zum Programm "Soziale Integration"

Frau Haupt erkundigte sich, ob es einen neuen Stand zum Programm „Soziale Integration“ gibt und in welcher Weise die Ausschüsse informiert werden.

Darauf teilte **Herr Stäglin** mit, dass bereits durch das Städtebauförderprogramm im Ausschuss für Planungsangelegenheiten sowie in der Beigeordnetenkonferenz informiert wurde. Momentan wird geprüft, inwieweit und wofür das Programm am besten geeignet ist. Freie Träger haben nach der Berichterstattung bereits um Auskunft gebeten. Hierzu gab Herr Stäglin den Hinweis, bitte mit den fachlich zuständigen Bereichen in Kontakt zu treten.

zu 13 Anregungen

zu 13.1 Frau Nagel zum Tagesordnungspunkt 7.3

Frau Nagel regte an, die Anlage des Grundsatzbeschlusses zur Errichtung eines Verwaltungszentrums in einer Hochhausscheibe in Halle-Neustadt den Stadträtinnen und Stadträten, die es wünschen, in Papierform zu überreichen.

Die Anregung wurde entgegengenommen.

zu 13.2 Herr Doege zu Lärmbelästigung durch massiven Verkehr

Herr Doege erklärte, dass in Heide-Süd die Verkehrsbelastung sehr gestiegen ist, somit konnte er die Aussagen aus der Einwohnerfragestunde nachvollziehen. Er geht davon aus, dass dies mit der Verkehrsumfahrung Gimritzer Damm zusammenhängt. Dazu regte er an, eine andere Verkehrslösung zu finden.

zu 14 Anträge auf Akteneinsicht

zu 14.1 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) in die Unterlagen zum Neubau HFC Nachwuchszentrum

zu 14.2 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) in die Unterlagen zur Wiedererrichtung Rennbahn im Rahmen der Hochwasserschadensbeseitigung

zu 14.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) in die Unterlagen zur Sanierung des Freibads Saline im Rahmen der Hochwasserschadensbeseitigung

zu 14.4 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) in die Unterlagen zur Sanierung MMZ im Rahmen der Hochwasserschadensbeseitigung

Herr Lange informierte über vier Anträge auf Akteneinsicht, welche durch die SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) eingereicht wurden.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor und **Herr Lange** beendete den öffentlichen Teil der Stadtratssitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Hendrik Lange
Vorsitzender des Stadtrates

Maik Stehle
Protokollführer